Nr. 21 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 26. Januar 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen; Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4867 Berlbkl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Admiralswahnsinn

Wie zehntausende deutscher Matrosen um eines Hirngespinstes willen ins Meer versenkt werden sollten.

Ehre und Massenmord als Offiziersbegriffe

Trothas Bericht.

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß schilderte gestern Admiral v. Trotha die 1918 bei der Marineleitung bestehenden Absichten über den Flottenangriff auf die Themsemündung. Diese Angriffsabsicht wurde den Matrosen bekannt, von ihnen als wahnsinniger Massenmord aufgefaßt, der nur durch die allgemeine Erhebung verhindert werden konnte und dann auch verhindert worden ist. Trotha berichtete gestern über seine Absichten das Folgende:

Ich wurde Chef des Stabes wenige Tage nachdem Admiral Scheer die Flotte übernommen hatte. Nicht lange nachher kam der Kaiser nach Wilhelmshaven, und dort entwickelte ihm Admiral Scheer in einem Vortrag, wie er sich den Einsatz der Flotte denke. Anmöglich konnte vor jedem Kampfvorstoß erst im Großen Hauptquartier in Spa angefragt werden, denn dort kannte man gar nicht die vielen meteorologischen und anderen Vorbedingungen kennen, die jeweilig für ein Auslaufen der Flotte entscheidend waren. Nachdem wir die Zustimmung des Kaisers zu der Kriegsführung erhalten hatten, hofften wir so, wie und das ausführlich war und wie es auch gar nicht anders möglich ist, selbständig gehandelt. Die Verhältnisse lagen so: Die Westfront war in äußerster Bedrängnis zurückgehend. Flandern und die flandrische Küste waren geräumt. Die Front war in schwerstem Ringen und auf ihrem rechten Flügel aus das äußerste gefährdet. Wir hatten also die Pflicht, einen Stoß in die feindlichen Verbindungswege hinein mit aller möglichen Energie zu betreiben. So ist der Plan gefaßt worden, hineinzustoßen mit einer starken Gruppe in die flandrische Küste und zu gleicher Zeit mit einer starken Gruppe gegen die Themsemündung und so dort das ganze Transportwesen des Feindes aus den Fugen zu heben. (!) Dabei mußte selbstverständlich die Hochseeflotte mithinauslaufen. Hätten wir die großen Kreuzer allein hinausgehen lassen, so wäre das nach meiner, nach meiner Ansicht ein Verbrechen gegen die Besatzung gewesen. Ich muß mit starken Aufnahmekräften dahinterstehen. Das konnten wir um so mehr, als der Anmarsch der Flotte und der Vorstoß der Kreuzer in den Kanal rund 150 Seemeilen war, während das Gros der englischen Flotte eben von Scapa Flow heraus rund 400 Meilen Anmarsch hatte. Um nun eine Sicherheit zu haben und diese Sicherheit bis auf das höchste Maß zu bringen, war nicht nur vorgesehen, daß 12 Luftschiffe gegen den Feind aufklärten, sondern daß auch sämtliche uns zur Verfügung stehenden U-Boote in mehreren Linien gegen die Anmarschwege des Feindes, die man ja genau übersehen konnte, aufgebaut waren nach einer schon einmal angewendeten Methode, die, als Admiral Jellicoe mit seiner Flotte da hindurchkam, ihn zu der Meldung veranlaßt hatte, die englische Flotte wäre in eine Hölle von U-Booten geraten. Ferner hatten wir die schon starken Minenfelder, die dem Anmarsch des Feindes im Wege standen, noch weiter aufgefüllt für die ganze 40 Seemeilen breite Minensperre. Als Letztes war geplant, sämtliche Torpedostreitkräfte in der Nacht gegen den etwa anmarschierenden Feind zu werfen. Ich kann keinen anderen Ausdruck finden, als daß sich noch nie im Kriege ein so stark und sicher vorbereitetes Unternehmen hat durchführen lassen. (!) Das ist der Vorstoß, den die Flotte geplant hatte in dem Empfinden der Pflicht, beizustehen der über alles hochstehenden kämpfenden Front der Armee. Ich kann es nicht begreifen, wie in Zeiten eines solchen schweren Ringens die starke militärische Kraft der Flotte im Hafen liegenbleiben konnte. Wir haben diesen Vorstoß nach halbjährigen Vorbereitungen fertig zur Hand gehabt, als die Anfrage der Seekriegsleitung kam, ob die Flotte nicht etwas in dieser Richtung unternehmen könnte. Als wir uns über die Durchführung des Unternehmens einig waren, habe ich auch an den Chef des Stabes der Seekriegsleitung, den damaligen Admiral v. Levetzow, die Frage gerichtet, ob die Regierung im Bilde wäre, und darauf zustimmende Antwort bekommen. (Bewegung links. — Abg. Dittmann: Die entscheidende Frage ist, ob die Regierung des Prinzen Max von Baden unterrichtet war!) Das kann ich so genau nicht sagen; es konnte ja noch festgestellt werden. Im übrigen hatten wir als Richtlinien lediglich die allgemeine Verpflichtung, unsere Waffe anzuwenden so scharf, wie wir es im Dienste des Vaterlandes tun konnten, und auf der anderen Seite nur die allgemeine Direktive: eine Entscheidungsschlacht nur anzunehmen unter günstigen Bedingungen. Aber immer, wenn wir die Waffe hemmungslos anwendeten, kamen von oben herab Einwendungen, die uns sagten, das und das dürft ihr nicht machen. Es war uns zwar schmerzlich, aber wir haben uns dem gefügt.

Die Glaubwürdigkeit des Admirals.

Herr von Trotha für und gegen den Flottenvorstoß.

Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner Montag-Abendausgabe kurz vor den Darlegungen des Herrn v. Trotha über die Glaubwürdigkeit dieses Herrn einen kurzen Artikel, dessen Argumente durch die oben wiedergegebenen Ausführungen des Admirals vollinhaltlich bestätigt werden. Nachstehend der Artikel:

„Der Vorwärts hat als erstes Blatt am 14. November 1918 die skandalösen Admiralsverschwörung und den geplanten Todesritt der Flotte enthüllt. Am 16. November 1918 erschien darauf Admiral v. Trotha in der Redaktion des 'Vorwärts' und verlangte ein Dementi. Er suchte in längerer Unterhaltung dem damaligen Redakteur Genossen Kuttner klarzumachen, daß die Flottenfahrt lediglich defensive Zwecke verfolgt habe, nämlich den Schutz des rechten Flügels der sich aus Flandern zurückziehenden Armee. Eine Seeschlacht mit den Engländern sei nicht beabsichtigt gewesen; man hätte sich nur auf eine solche eingelassen, wenn die Engländer angegriffen hätten. Der 'Vorwärts' gab damals dieser Erwiderung Raum.

Sechs Jahre später enthüllte in den bekannten Dolchstoßheften des Herrn Coßmann der Konteradmiral v. Levetzow, erster Berater des Chefs des Stabes und rechte Hand des Admirals v. Trotha, das genaue Gegenteil. Levetzow stellte in den 'Süddeutschen Monatsheften' fest, daß der Zweck des Auslaufens der Flotte war, die englische Flotte auf jeden Fall zum Schlagen zu zwingen. Konteradmiral v. Levetzow betont ausdrücklich, daß mehrere Pläne zur Auswahl standen und daß dem Plan der Vorzug gegeben wurde, der die größte Sicherheit dafür hat, daß er die englische Flotte zum Schlagen zwingen würde. Aus seiner Darstellung geht auch klar hervor, daß Admiral v. Trotha tollkommen in diesen Plan eingeweiht war, daß er ihn nicht nur mitgewußt, sondern mitbestimmt hat. Als Zweck des ganzen Vorgehens bezeichnet Levetzow ausdrücklich: „daß die Flotte zum Endkampf einzusetzen sei".

Aus Levetzows Darstellung geht klar hervor, daß Admiral von Trotha seinerzeit der 'Vorwärts'-Redaktion bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Daraus kann man ermessen, welche Glaubwürdigkeit die Ausführungen dieses Herrn vor dem Ausschuß verdienen."

„Lieber die ganze Flotte ..."

Auch Du mein Sohn Deldrück?

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

General von Kuhl führte gestern im Untersuchungsausschuß aus: Wenn auch die Flotte untergegangen wäre bei diesem Vorstoß, so hätte sie uns doch einen großen Dienst geleistet (!) und sie wäre ehrenvoller untergegangen, als sie nachher ruhmlos und nutzlos abgeliefert worden ist. Die politische Lage wäre nach meiner Ansicht nicht verschlechtert (!) worden, die militärische schon gar nicht. Hätte die Flotte zum Schluß noch gezeigt, daß sie kampffähig (zum Untergang!) ist, so hätte das ein anderes Bild ergeben. Sachverständiger Dr. Herz teilt mit, Vizekanzler von Payer habe ihm geschrieben, er habe von dem Plane einer großen Seeschlacht gegen England erst aus dem Münchener Dolchstoßprozeß Kenntnis erhalten.

Abg. Brüninghaus (SWp.) stellt fest, daß nach den Aussagen von Trothas die Flotte noch nie so stark gewesen sei, als in dem Augenblick, in dem der Vorstoß geplant war.

Prof. Delbrück: Zur Klärung der Frage, ob der Prinz Max mit dem Flottenvorstoß einverstanden war, möchte ich doch folgendes betonen: Am 20. Oktober ist der U-Bootkrieg eingestellt worden. Die Besprechung des Prinzen Max mit dem Admiral von Levetzow muß, also wohl am 21. oder 22. Oktober stattgefunden haben. Am 26. Oktober aber hat Seine Majestät ausdrücklich die militärische Leitung unter die zivile Gewalt gestellt. Wenn also auch am 21. oder 22. Oktober der Prinz Max zu den Darlegungen des Admirals von Levetzow nichts geäußert hat, so folgt doch daraus noch gar nichts. Es kommt vielmehr darauf an, ob, nachdem die militärische Leitung ausdrücklich unter die bürgerliche Leitung gestellt war, der Prinz Max ein so ungeheuerliches Unternehmen, wie den Flottenvorstoß gegen England, ausdrücklich und nicht etwa bloß durch Schweigen zustimmend gebilligt hat und ob dieses Unternehmen durch die Zustimmung des verantwortlichen Reichskanzlers gedeckt worden ist oder nicht. Dafür aber, daß es gedeckt worden ist, ist auch nicht der geringste Beweis erbracht worden, und es wäre abzuwarten, ob er noch erbracht werden kann. Im übrigen kann ich nichts anderes sagen, als wie ich in meinem Gutachten ausgeführt habe und das auch meiner Auffassung entspricht: Lieber die ganze Flotte in Grund und Boden geschossen, als daß sie sich so ergeben hat, wie das nachher geschah. (Beifall rechts.) (!)

Sachverständiger Dr. Herz: Entgegen dem, was der Abg. Brüninghaus ausgesagt hat, möchte ich doch feststellen, daß aus dem, was der Herr Levetzow vom Prinzen Max sagte, kein Mensch heraushören konnte, daß es sich um eine große Seeschlacht handeln sollte. Es war vielmehr der Eindruck, als ob diese unbestimmte Form der Mitteilung absichtlich gewählt worden ist, um Unklarheit entstehen zu lassen. Weiter möchte ich ergänzend mitteilen, daß der damalige Vizekanzler von Payer in seinem Schreiben an mich noch hervorgehoben hat — und der Herr Abg. Scheidemann hat dies im Münchener Dolchstoßprozeß bestätigt —, daß im Kabinett damals niemals davon gesprochen wurde, daß ein solcher Vorstoß geplant wurde und daß nach seiner Auffassung vor einem solchen Vorstoß die Waffenstillstandsverhandlungen hätten gekündigt werden müssen und daß das Kabinett wahrscheinlich niemals einen solchen Vorstoß würde gestattet haben.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Eine neue Sitzung mit Zuziehung der Pressevertreter wird voraussichtlich erst in 14 Tagen stattfinden.

Von Kuhl bis Delbrück.

Halle (Saale), 26. Januar.

I.

Ueber die Ehrbegriffe des kaiserlich-deutschen Offizierskorps ist schon eine ganze Literatur geschrieben worden. Es scheint jedoch, als ob dieses Thema unausschöpfbar wäre. Die gestrige Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Marinevorgänge des Jahres 1918 hat wieder eine Blüte dieses besonderen Offiziersehrbegriffs gezeitigt, die wir deshalb festhalten wollen, weil aus solcher Mentalität die Katastrophe des deutschen Volkes und sein Zusammenbrechen im Jahre 1918 zum großen Teil erklärt werden könne.

Der als Sachverständiger aus den verschiedensten politischen Prozessen der letzten Zeit rühmlichst bekannte General von Kuhl hat gestern mit Bezug auf den kurz vor Ausbruch der Revolution geplanten Vorstoß der deutschen Flotte ausgeführt: „Wenn auch die Flotte untergegangen wäre bei diesem Vorstoß, so hätte sie uns doch einen großen Dienst geleistet, und sie wäre ehrenvoller untergegangen, als sie nachher ruhmlos und nutzlos abgeliefert worden ist." Wir sind nicht sachverständig genug, um die militärischen Auswirkungen eines derartigen Flottenvorstoßes in letzter Stunde beurteilen zu können. Unser Laienverstand sagt uns jedoch, und wir befinden uns damit in der Gesellschaft sehr kompetenter Militärsachverständiger, daß die deutsche Flotte an der bereits im Westen zugunsten der Entente entschiedenen Kampflage garnichts hätte ändern können. Bleibt also die Frage an den General von Kuhl, welchen großen Dienst er meint.

Legt man der Beantwortung dieser Frage den Ehrbegriff des monarchistischen Offiziers zugrunde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volk an das Ende seiner Niederlage irgend eine im Effekt zwar nutzlose, in der demonstrativen Wirkung jedoch großartige heroische Tat hätte stellen sollen. Denn, daß die Flotte im Bereich der überwältigend starken englischen Hochseeflotte, im Bereich der englischen Küste, der englischen Minen und Küstenbatterien, mitten in der englischen Flottenbasis etwas anderes als die vollkommene Vernichtung oder doch die nahezu vollkommene Vernichtung hatte erwarten können, das ist ein Gedanke, der selbst dem General von Kuhl sehr naheliegt. In dieser Vernichtung der deutschen Flotte, in diesem bewußten Untergang erachtet jedoch der General eine heroische Tat.

Nun gehen bei solchen Gelegenheiten bekanntlich nicht nur Schiffe und Kanonen, sondern auch Menschen unter, und der Verlust an Menschenleben wäre zweifellos in die Zehntausende gegangen. Es ist ein billiger Heroismus, von Berlin aus oder von einem Hauptquartier aus derartige Opfer zu verlangen. Wir behaupten, daß der Heldenmut des Generals Kuhl weit gedämpfter wäre, wenn er auf einem vorgeschobenen Unterseeboot die sichere Todesfahrt hätte mitmachen sollen.

Gewiß hat es keinen Deutschen gegeben, der die Kapitulation der deutschen Flotte und die kampflose Uebergabe an den Sieger als eine Heldentat empfunden hat. Aber es hat auch keinen vernünftigen Deutschen gegeben, der die Niederlage der deutschen Flotte unter den von Kuhl geschilderten Voraussetzungen gewünscht hätte. Und es gibt keinen vernünftigen Deutschen, der es nicht als ein großes Glück empfindet, daß Zehntausende von Volksgenossen heute unter uns leben, mit uns gemeinsam an einer besseren Zukunft der Nation arbeiten können, die, wenn es nach dem Wahnsinn eines im sicheren Hauptquartier sitzenden Militärklüngels gegangen wäre, schon länger als sieben Jahre mit ihren Schiffen auf dem Meeresgrund lägen, ohne ihrem Volk und ihrem Vaterland auch nur den geringsten Dienst geleistet zu haben.

Wir sehen also, daß der Ehrbegriff des monarchistischen Offiziers im direkten Widerspruch zu den Interessen des Volkes steht, daß die Handlung im Rahmen dieses Ehrbegriffs ein Schlag gegen die Nation und ein Verbrechen an der Menschheit ist. Daraus glauben wir folgern zu dürfen, daß jene kaiserlichen Offiziere, die heute leider immer noch in nicht untergeordneten Stellungen der Reichswehr und der Reichsmarine sich befinden, kaum mehr als die Sachwalter des alten, in sich zusammengebrochenen Systems und die Feinde des deutschen Aufstieges zu neuen, von ihnen nicht verstandenen Zielen sind.

II.

Die Aeußerungen des Generals Kuhl entsprechen jedoch so sehr der Mentalität des deutschen Offizierskorps der Vorkriegszeit, daß man gar keine Ursache hat, sich darüber zu wundern. In Erstaunen setzen aber muß die Aeußerung des greisen Professors Delbrück, der sich bisher als mutiger Kämpfer gegen die deutsche Kriegsführung, gegen die deutsche Annexionspolitik, gegen die Dolchstoßlüge und anderes mehr bewährt hat, und der gestern in seinen Ausführungen als Sachverständiger im Untersuchungsausschuß zu dem Ergebnis kam: „Lieber die ganze Flotte in Grund und Boden geschossen, als daß sie sich so ergeben hat, wie das nachher geschah."

Daß die deutsche Flotte sich kampflos ergeben mußte, nachdem die Entente im Westen gesiegt hatte, ist nicht Schuld des deutschen Volkes, sondern Schuld jener alldeutschen Gesellschaft, die den Krieg bis zum Weißbluten gefordert und die These aufgestellt hat, daß er nicht eher zu beendigen sei, ehe nicht Nordfrankreich und Belgien und die östlichen Randstaaten unter den preußischen Militärstiefel getreten sind. Professor Delbrück ist hoffentlich in den letzten Monaten nicht so gealtert, das vergessen zu haben. Daß man zwanzig- bis dreißigtausend Menschen aber noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0001

schlachten läßt, mit Bewußtsein schlachten läßt, nachdem die Würfel bereits gefallen sind, das ist eine Forderung, die nur im Irrenhaus oder von Leuten erhoben werden kann, die für das Irrenhaus reif sind. Solange solche Menschen mit ihren Gedankengängen in der deutschen Oeffentlichkeit noch Resonanz finden, solange wird es nicht möglich sein, dem europäischen Zentralstaat, also dem Herzen Europas jenes Blut zuzuführen, von dessen Kreislauf das Gesicht der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa bestimmt wird

Eingereicht.

Am Montagnachmittag haben die Genossen Wels und Ludwig vom Parteivorstand, der Vorsitzende der KPD. Thälmann sowie der Leiter des Ausschusses für den Volksentscheid Kuczinski im Reichsinnenministerium den gemeinsamen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten eingereicht. Die Uebermittlung wurde mit dem ausdrücklichen Ersuchen verbunden, sobald als möglich eine Beschlußfassung über den Antrag herbeizuführen. Thälmann und Kuczinski gaben dabei die Erklärung ab, daß nach Zulassung des gemeinschaftlichen Entwurfes der am 18. Januar eingebrachte kommunistische Entwurf zur Fürstenabfindung gegenstandslos geworden sei.

Heute Programmerklärung.

Der Reichstag wird am Dienstagnachmittag um 2 Uhr nur die Programmerklärung der neuen Regierung entgegennehmen und sich vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu Beratungen über die Regierungserklärung zu geben. Die große politische Aussprache, die am Mittwoch beginnen wird, dürfte sich bis zum Freitag hinziehen und mit der Abstimmung über eine Billigungsformel der Regierungsparteien bzw. über Mißtrauensvoten, die bisher die Völkischen und Kommunisten angekündigt haben, abgeschlossen werden.

Zur Abrüstungskonferenz.

Amtlich wird gemeldet: Nachdem das neue Kabinett gebildet ist, hat der Reichsminister des Auswärtigen dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Schreiben vom 22. Januar mitgeteilt, daß die Reichsregierung der Einladung zur Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für diese Tagung sich vorbehält.

*

Das Reichskabinett hielt am Montagabend von 5½ bis 7 Uhr eine Sitzung ab, die der endgültigen Abfassung der Regierungserklärung gewidmet war.

Für eine kraftvolle Wohnungspolitik.

Kundgebung der gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands.

Berlin, 26. Januar. (BDZ.)

Eine Kundgebung der Gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands fand am Montag im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates statt. Der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften, Professor Albrecht (Berlin), betonte u. a., es seien Gesetzesvorlagen eingebracht, die der Tätigkeit der gemeinnützigen Baugenossenschaften den letzten Stoß versetzen müßten. Der Zweck der heutigen Versammlung sei die Stellungnahme gegen diese Gesetzesvorlage. Nach einer regen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, der wir folgendes entnehmen: **Nach dem Kriege sind in Deutschland ungefähr 850 000 Wohnungen geschaffen, jährlich also etwa 120 000. Die Zahl allein der Eheschließungen beträgt aber jährlich durchschnittlich etwa 700 000.** Der Grund zu dem Versagen der bisherigen Wohnungspolitik liegt in dem **Fehlen einer kraftvollen Reichszentrale, die planmäßig Wohnungspolitik treiben kann.** Von der Geldentwertungssteuer müssen mindestens 20 Prozent der Friedensmiete dem Baumarkte zufließen. Die für Neubauzwecke verfügbaren öffentlichen Mittel sollten vorzugsweise Baugenossenschaften zugewendet werden. Zwecks Anreizes zum Bauen werden gesordert weitgehende Steuererleichterungen und die reichsgerichtliche Regelung des Begriffs der Gemeinnützigkeit. Die Behörden als Arbeitgeber müssen von dem Verlangen unbilliger Aufwertung alter Arbeitgeberdarlehen absehen. Mit allen Mitteln seien für den einheimischen Wohnungsbau auch ausländische Geldquellen zu erschließen, da das Geld hier durch seinen sofortigen Umsatz weiteste Kreise unserer Gesamtwirtschaft befruchtet.

Erhöhung der Postgebühren in Frankreich. Die Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland werden ab 1. Februar erhöht. Ein Brief nach dem Ausland wird 2,25 Franken, eine Postkarte 0,75 Franken kosten.

Die gehaßte Broschüre.

Verbietet die Wahrheit!

Die Rechtspresse ist in hysterische Schreikrämpfe verfallen. Zwei Tage lang hat sie mit schlecht verhehlter Nervosität ihren Lesern von dem Berichte Dittmanns Kenntnis geben müssen — natürlich in gewohnter Weise mit Unterschlagung oder Verdrehung der wichtigsten Punkte. Nun aber sind die Nerven völlig gerissen.

Ein an sich unbedeutendes Ereignis gab den Anlaß — aber man weiß ja, daß gerade hysterische Personen schon aus ganz nichtigen Ursachen, bei einem kleineren Geräusch oder den Bewegungen eines Insekts ihre Zustände bekommen. Der Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte sich aus formalen Gründen veranlaßt gesehen, die Verteilung der Dittmannschen Broschüre in den Räumen des Reichstags zu untersagen. Ein Akt, der für die sonstige Verbreitung der Broschüre ganz belanglos ist. Im Gegenteil: da es sich um ein im Reichstag gehaltenes Referat handelt, ist ein allgemeines Verbot nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen unmöglich. Aber das Stichwort war damit gegeben: Verbot! — „Verbot, Verbot!" heult die gesamte reaktionäre Meute. Schon die Montag-Frühausgabe der Berliner Rechtspresse erschien auf Grund des Löbeschen Schrittes mit der irreführenden tendenziösen Schlagzeile: „Die Dittmannsche Broschüre verboten!" **Der Erfolg war allerdings ein ungeahnter:** Er äußerte sich in einem **förmlichen Sturm auf die Buchhandlung des „Vorwärts", wo innerhalb weniger Stunden die Stapel der ausliegenden Exemplare bis auf das letzte vergriffen waren.** Die Käufer rissen sich die Broschüre förmlich aus den Händen. Es dürfte selten eine so wirksame Reklame — und noch obendrein unfreiwillig — für ein Buch gemacht worden sein.

Am Nachmittag mußten die Rechtsblätter ihren Lesern allerdings etwas gedrückt mitteilen, daß es mit dem Verbot nichts sei. Aber nun waren sie so weit, unter hysterischen Kreischtönen das Verbot zu fordern. Die Polizei wird angerufen, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte und von wem man sich sonst noch eine Verbotsbefugnis erhofft. „Samiel hilf!" so tönt das Angstgeschrei. Aber kein Samiel kann hier helfen. Die Gründe, die von der Rechtspresse für ein Verbot vorgeschlagen werden, wirken so grotesk-lächerlich, daß selbst die unfaßbare Begründung des Urteils im Berlacher Mordprozeß dagegen noch als juristische Meisterleistung erscheint.

Vor allem steht die Broschüre unter besonderem verfassungsrechtlichen Schutz, weil sie eine wortgetreue Wiedergabe einer im Parlament gehaltenen Rede ist. Bekanntlich darf nach der Reichsverfassung ein wahrheitsgemäßer Bericht aus dem Parlament — und nach allgemeiner Rechtspraxis fallen hierunter auch Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen — überhaupt nicht verboten oder strafrechtlich verfolgt werden. Einige Rechtsblätter versuchen also, eine Verletzung des Urheberrechts zu konstruieren. Nun wäre an sich klar, wenn es überhaupt ein Urheberrecht an parlamentarischen Reden gäbe, daß dieses höchstens dem Sprecher selbst — in diesem Fall also Dittmann — zustehen könnte. Aber diese grotesken Schützer des Urheberrechtes kennen das Urheberrecht überhaupt nicht. Sonst müßten sie wissen, daß an Reden, die im Parlament gehalten sind, ein Urheberrecht überhaupt nicht besteht. Ganz ausdrücklich werden diese durch das Gesetz von dem allgemeinen Schutz des geistigen Eigentums ausgenommen. Jedermann ist befugt, parlamentarische Reden, Berichte, Drucksachen usw. zu vervielfältigen und zu verbreiten, wie es ihm paßt.

Aber sogar einen „Betrug", eine strafrechtliche Vermögensschädigung der Käufer wollen einige Rechtsblätter feststellen, weil angeblich die Käufer in den Glauben versetzt würden, eine amtliche Druckschrift zu kaufen, während doch der Reichstagsausschuß die amtliche Drucklegung des Dittmannschen Referats noch nicht beschlossen habe. Höher geht's nimmer! Die Dittmannsche Schrift ist in einem farbenprächtigen Umschlag erschienen, der die Bilder der beiden erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbis zeigt und dazu den Titel: „Wilhelm Dittmann — die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918." Wer dies für den Umschlag einer amtlichen Druckschrift hält, ist für sämtliche Irrenhäuser Deutschlands reif!

Die Gründe, aus denen die Rechtspresse die Beschlagnahme verlangt, richten sich in ihrer Lächerlichkeit selber. Nichts steckt hinter dem ganzen Geschrei als Angst und Wut darüber, daß die Wahrheit ins Volk dringt. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden, und zu diesem Zweck scheut die Reaktion — wie gewöhnlich — auch nicht vor dem krassesten Verfassungsbruch, vor der schlimmsten Rechtsverdrehung zurück. Sie weiß allerdings, welchen Justizbeamten sie dies zumutet und hofft vielleicht auf ähnlich gefügige Diener wie jenen Amtsrichter in Lünen, der das Wizblatt „Lachen links" beschlagnahmte, zwar nicht, weil er irgendeinen Rechtsgrund hatte, sondern weil ihn und andere eine Karikatur auf den Reichspräsidenten ärgerte.

Aber noch ein zweiter Grund ist mit im Spiele: Es muß um jeden Preis vom Thema abgelenkt werden. Zwar brüstet sich die Rechtspresse, daß die Brüninghaus, v. Trotha, Canaris und sonstigen Marineoffiziere schon die Dittmannschen Anklagen widerlegen würden. Aber ihr Vertrauen steht auf schwachen Füßen. Herr Brüninghaus hat zeugend erklären müssen, bisher noch keine Zeit zur Akteneinsicht gefunden zu haben und beschränkte sich auf hohle Protestphrasen. Herr Canaris hat vom Reichswehrminister Geßler wegen seiner provozierenden Verhaltens abberufen werden müssen, und was den ehemaligen Admiral v. Trotha anbelangt, so kann dieser Herr am wenigsten Anspruch auf Glauben beanspruchen. Er suchte bereits im November 1918 den „Vorwärts" über die Absichten des Admiralstabs bei dem letzten Flottenvorstoß des Weltkrieges gröblich hinters Licht zu führen, wurde allerdings später von seinem ersten Berater, dem Konteradmiral v. Levetzow — wenn auch in voller Ahnungslosigkeit — entlarvt. Während nämlich Herr v. Trotha am 16. November 1918 der „Vorwärts"-Redaktion einredete, daß bei dem Flottenvorstoß ein Zusammenstoß mit der englischen Flotte vermieden werden sollte, stellte Herr v. Levetzow 6 Jahre später in den berühmten Dolchstoßheften des Prof. Cohmann als Zweck dieses Vorstoßes fest, die englische Flotte unter allen Umständen zur Schlacht zu zwingen.

Mit diesen Gegenzeugen also wird kein Staat zu machen sein. Darum soll jetzt die Diskussion auf ein anderes Geleis geschoben werden. Statt über den Inhalt des Dittmannschen Berichtes zu diskutieren, wird über Dittmanns Recht oder Nichtrecht, diesen Bericht durch einen Privatverlag zu publizieren, debattiert. Aber der Zweck wird nicht erreicht werden. Das Geschrei der Rechtspresse wird nur dahin führen, daß immer weitere Kreise auf diesen Bericht aufmerksam werden und daß die Wahrheit, die bisher von den offiziösen Marineleuten so geschickt verdunkelt und umgelogen wurde, die Wahrheit über die Ereignisse auf der Flotte endlich nicht nur an den Tag, sondern auch ins Bewußtsein des Volkes dringt.

*

Der Sturm auf die Hallesche Volksblatt-Buchhandlung hält seit Ausliegen der Broschüre unvermindert an.

Karneval 1926.

Europas Karneval ist ganz komplett.
Das ist der große Frankenkinkator,
Der Kronprinz Carol ohne Himmelbett,
Und Ku-Klux-Klan, die Seele voll Salvator.
Antike Maske macht Herr Mussolini;
Und Wilhelm spielt in Film und Kabarett;
Im Hintergrunde nimmt der Bayern-Kini.
Europas Karneval ist ganz komplett.

Der Kampf um die Broschüre entschieden

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags befaßte sich am Montag in einer nichtöffentlichen Sitzung mit dem Streit um die Broschüre des Genossen Dittmann „Die Marinejustizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918". Er beschloß einstimmig, daß die Broschüre keine amtliche Darstellung sei. Das ist auch nie behauptet worden. Tatsache aber bleibt, daß sich die Broschüre auf amtliches Material stützt. — **Die Forderung der Deutschnationalen, die Darstellung Dittmanns zu bedauern, lehnte der Ausschuß ab.**

Exkommunizierung eines römischen Universitätsprofessors. „Osservatore Romano" veröffentlicht ein Dekret der Inquisitionskongregation, durch welches der Professor der Kirchengeschichte an der Universität Rom Ernesto Benaiuti exkommuniziert und allen Gläubigen geboten wird, ihn zu meiden. (!!!)

Max Mohr.

Von Karl Niles.

Unter der Devise „Europa ist tot! Es lebe der Europäer!" startete seine erste Komödie „Improvisationen im Juni" ihren Siegeslauf über die deutschen Bühnen. Das tote Europa war ihm das Europa geistloser Mechanisierung der Arbeit, der durch Kontorwände und Fabrikmauern geengten Horizonte, des von niedriger Profitgier gefesselten Menschengefühls. Ihm stellte er den Europäer der Naturnähe, der Erdverbundenheit blies er „die wehenden Lüfte des Herzens" entgegen.

Diesem Europäer ist Mohr treu geblieben. In den sechs Dramen, die bisher von ihm vorliegen, ist er seine Sehnsucht. Aus dem wechselseitigen Wirken und Gegenwirken des ersehnten Europäers und des verachteten wächst das Wesen seines Dramas, das man, wenn es nicht trotz seiner Sehnsüchte so diesseitskapser und — gläubig orientiert wäre, romantisch nennen könnte, um der Verwandtschaft willen, die seinen aus einer starken und ehrlichen Haßquelle fließenden und trotzdem spielerischen, gesellschaftskritischen Sarkasmus mit der romantischen Ironie eines Brentano oder Tieck verbindet. Romantisch ist auch ein mitunter anklingender melancholischer Ton verzückter Betrachtung all der Schönheit eines naturkranken Lebens, das durch die immer mehr um sich greifende Herrschaft der Maschine im Menschen vernichtet zu werden droht. Aus dieser Angriffsstellung gegen eine ungesunde Zivilisation ist auch Mohrs Liebe zu den etwas Abseitigen der Gesellschaft, zu Gestalten aus der vagierenden Artistenwelt zu erklären, in denen er seine Sehnsucht häufig verkörpert. Romantik? Kaum. Das Romantische ist nur die eine Seite Mohrs, ein Zug seiner vielseitigen Persönlichkeit, deren Grundcharakter Aktivität ist: Kampf für ein fest umrissenes Ethos, das im Menschen das Göttliche erkannt hat und retten will. Das aber, was uns im Drama Mohrs als romantisch erscheint, ist nichts weniger als ein holder Abglanz dieses Diesseits-Göttlichen und somit dem Hauptwesenszug deutschromantischer Traditionen fremd, dem Geiste lebendiger Entwicklung hingegen innig verbunden.

Improvisationen im Juni werden in Mohrs gleichnamiger Komödie dem an seiner Umgebung leidenden Sohn des Milliardärs Will verschrieben, um ihn von seiner Melancholie zu heilen. Da lernt er im Juni zwei Menschen kennen, die es ertragen und lieben „arm zu sein, trotzig der Zeit und ergeben der Ewigkeit" und vor allem „frei zu sein und den Odem der Freiheit überall zurückzulassen", wohin ihre Fahrt sie führt. Diese beiden Menschen zeigen dem Milliardärssohn, daß seine dollarbesessene Umgebung nicht das wahre Gesicht der Welt ist, und geben ihm den Glauben an die Menschheit wieder. Die Flucht aus dem Betrieb der Haussen und Baissen, aus der Jagd nach dem Dollar, aus dem Geschrei der Modebegeisterung und dem Reklamekamunk der Großstadtsensationen kennzeichnet auch Mohrs zweites Werk, das Schauspiel „Das gelbe Zelt". Die Komödie „Der Arbeiter Esau" ist eine heißende Satire auf den Rummel um Spengler, Steiner und Tagore, aus dem sich Anna, die Tochter des Modephilosophen Gade, zu dem primitiv, aber gemütvoll empfindenden Straßenarbeiter Reng rettet, dem sie ihre prima nox schenkt und somit ihre Liebe zur gesunden Naturkraft dokumentiert. Auch „Sirill am Wrack" ist ein Hymnus auf die Natur. Der Großhändler Garilan in der „Karawane" ist ein Sucher nach dem Göttlichen im Menschen, in einer betrügerischen Umgebung eine tragikomische Figur, die sich aus dem Spiel von Tragik und Komik um ihn und mit ihm durchringt zu gläubiger Weltbejahung. Das letzte vorliegende Werk Mohrs ist ein Schauspiel in drei Akten und einem Vorspiel „Ramper", in dem das Problem des Tiermenschen in der Gestalt des 20 Jahre aus Grönland verschollenen Fliegers Ramper zu einer menschheitsgläubigen Lösung geführt wird.

Die Handlung in Max Mohrs Dramen ist stets symbolisch zu deuten. Alle, von der Warte des Realen aus betrachtet, mitunter unwahrscheinlichen Vorgängen sind zweckmäßig dem herrschenden Grundprinzip einer klar erkannten Sittlichkeit untergeordnet. Aus diesem Ethos heraus ist auch Mohrs Spiel mit dem Tod zu verstehen in Stücken, die er als Komödien bezeichnet: der Tod der Fürstin Orloff in den „Improvisationen" oder des Ingenieurs Arkadi in „Sirill". Der Tod hat in Mohrs Stücken nichts Tragisches an sich. Immer wird durch den Tod ohne Schürzung eines tragischen Konflikts vorwärtsdrängender Entwicklung Platz gemacht, die Passage frei für die Träger der Welt- und Lebensanschauung Mohrs. Tissac im „Gelben Zelt" und Barbajin in „Ramper" sind in den beiden Schauspielen Mohrs die Personen, die dem weltfrohen und zukunftssicheren Schreiten Xenias, Gilpins, Rampers und Robbds weichen müssen.

Von den bisherigen Dramen zeigt nur „Das gelbe Zelt" ein kurzes Nachlassen der dichterischen Kraft. Die anderen sind Schöpfungen eines echten Dichters und — eines echten Dramatikers. Zum ethischen Kompler unseres Gegenwartdramas bilden sie einen wesentlichen Faktor.

Der Autor an der Theaterkasse.

Berlin, 26. Januar. (Privattelegramm.)

Eine Generalversammlung des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten beschäftigte sich gestern mit der Tantiemenfrage. Da die Theaterdirektoren ihren Pflichten den Autoren gegenüber so nachlässig nachkommen, wurde erwogen, an die Kasse jedes Theaters einen Beamten zu setzen, der noch am gleichen Abend die Tantiemen für die Autoren einzuziehen hat.

Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung" bringt in ihrer Nr. 4 eine Aufforderung, die Polizei im Kampfe gegen die Fememörder zu unterstützen. Sechs der gesuchten Mordbuben werden im Bilde wiedergegeben. In einem anderen Aufsatz kommen zwei Märtyrer der deutschen Klassenjustiz aus dem Jahre 1891 zu Wort und Landtagsabgeordneter Frankenberg unterzieht die politischen Seitenhiebe neuzeitlicher Rechtsprechung einer scharfen Kritik. Aus dem weiteren, reich illustrierten Inhalt nennen wir noch „Die deutsche Spitzbergen-Expedition" und den Aufsatz „Augsburg, die Stadt der Fugger". Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung" erscheint wöchentlich zum Preise von 20 Pf. pro Nummer und ist durch alle Gruppen des Reichsbanners, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.

Hallesches Theater- und Konzertleben.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 7½ Uhr einmaliges Gastspiel: Paul Wegener mit seinem Ensemble Berliner Künstler in „Ramper", Schauspiel in vier Akten von Max Mohr. Mittwoch: „Intermezzo". Donnerstag: Uraufführung von „Schwalben", Komödie in fünf Akten von Benno Rehlert. Freitag: „Belinde". Sonnabend: „Der Mazurka-Oberst". Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Jugend". Sonntag abend 7½ Uhr: „Gräfin Mariza".

Lessings wenig gespieltes Stück „Miß Sara Sampson" gelangt jetzt durch das Mitteldeutsche Landestheater in Halle (Direktion Ernst Geschke und Hermann Lange) zur Aufführung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0002

Der russisch-chinesische Konflikt.

Das Ultimatum Tschitscherins.

Die Kommandierenden Generale der chinesischen Landsknechtsarmee haben monatelang miteinander gekämpft, ohne daß ihre Erfolge und Niederlagen zu internationalen Verwicklungen führten. Plötzlich aber hat das eigenmächtige Vorgehen des Machthabers der Mandschurei, des Marschalls Tschangtsolin einen Konflikt heraufbeschworen.

Die chinesische Ostbahn in der Mandschurei wird nach den bestehenden Verträgen von russischen Staatsangehörigen verwaltet. Sie ist ein Erwerbsunternehmen und berechtigt, für Militärtransporte den gewöhnlichen Fahrpreis zu erheben. Tschangtsolin übte nun seit langem die Praxis, seine Truppen unentgeltlich befördern zu lassen. **Die Ostbahn forderte von ihm die Anerkennung von 14 Millionen Dollars Schulden an Fahrgeld, während er die Zahlung verweigerte.** Dann griff das Militär Tschangtsolins ein und zwang die Bahnbeamten, seine Befehle und nicht die der Bahnverwaltung auszuführen. Wer sich weigerte, wurde verhaftet. Militärische Kommandos beförderte man eigenmächtig, besetzte den Eisenbahntelegraph und **verhaftete schließlich den russischen Direktor der Ost-China-Bahn Iwanow mitsamt seinen höchsten Beamten.** Daraufhin hat Tschitscherin am Sonnabend in Peking an den chinesischen Premierminister und in Mukden an Tschangtsolin ein Ultimatum gerichtet: **„Die Sowjetunion fordert die volle Wiederherstellung der Ordnung und die Freilassung Iwanows innerhalb von 3 Tagen“; geschieht das nicht, so müsse die Sowjetunion mit eigenen Kräften die Verwirklichung des Vertrages über die Ost-China-Bahn sichern.**

Dieses Ultimatum ist zwar an China und an Tschangtsolin gerichtet; aber man schlägt den Sack, und den Esel meint man. Die schwache chinesische Zentralregierung wäre nicht in der Lage, Tschangtsolin zur Mäßigung zu bringen. So deutet die offiziöse Sowjetpresse an, daß hinter dem gewaltsamen Vorgehen Tschangtsolins „eine dritte Macht“, nämlich Japan steht. Japan aber hat, nach den schweren Verwüstungen durch das Erdbeben und den übrigen Schwierigkeiten seiner industriellen Entwicklung gegenwärtig kein Interesse daran, mit der Sowjet-Union einen Konflikt auszutragen. Der japanische Außenminister hat sich inzwischen in diesem Sinne geäußert und erklärt, daß Japan auch in Zukunft alle strittigen Fragen mit Rußland in offenem Meinungsaustausch besprechen werde.

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Tschangtsolin sich vor allem durch diese Aeußerung veranlaßt gesehen hat, die Note der Sowjet-Union anzunehmen und den verhafteten Iwanow freizulassen. So ist dem Konflikt im Augenblick die Spitze abgebrochen worden, **aber trotzdem bleibt die Gefahr eines Ausbruchs der imperialistischen Gegensätze in Ostasien akut.**

Scharfe Spannung zwischen Paris und Budapest.

Paris, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Die von Tag zu Tag offenkundiger in Erscheinung tretende Obstruktion, durch die die ungarischen Behörden die Durchführung der Untersuchung über die Banknotenfälschungen zu unterbinden suchen, hat zu einer **scharfen Spannung zwischen Paris und Budapest geführt.** Der französische Polizeikommissar, der in Budapest in den letzten Tagen mehrere neue wichtige Dokumente entdeckt hatte, hat mehrmals vergeblich versucht, die Ausdehnung der Untersuchung auf mehrere der Regierung und dem Reichsverweser Horthy nahestehende Persönlichkeiten zu erreichen. Im Laufe des Montags ist es darüber zu einem scharfen Zwischenfall gekommen, indem der die Untersuchung leitende Staatsanwalt sich weigerte, den von der französischen Regierung beauftragten Beamten zu empfangen. Das französische Außenministerium hat daraufhin am Montagabend seinem Botschafter in Budapest telegraphisch neue, sehr energische Instruktionen mitgeteilt und ihn beauftragt, **der ungarischen Regierung gegenüber mit allem Nachdruck die Forderung auf Zulassung des französischen Beamten zum Verhör der Beschuldigten zu stellen.**

Budapest, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der politischen Hintergründe der Frankenfälschungen hat am Montagabend unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen seine Arbeiten begonnen. Wie verlautet, soll sich die **Anklage auf 25 Personen erstrecken, von denen 21 verhaftet sind. Unter den vier, die sich noch auf freiem Fuße befinden, ist der Feldbischof Zadravecz, der jedoch seines Amtes enthoben worden ist.**

Die rheinische Sozialdemokratie fordert.

Köln, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Obere Rheinprovinz faßte zur gegenwärtigen Lage im besetzten Gebiet folgende Entschließung:

„Eine Reihe von Vorgängen im besetzten Gebiet — Abbau des Zivildelegierten-Systems, größere Freiheit im Versammlungsleben usw. — lassen erkennen, daß sich die Besatzungsbehörden allmählich auf den neuen, in Locarno geborenen Geist eingestellt haben. Trotzdem ist in der Bevölkerung das Gefühl vorhanden, daß sich die Auswirkungen der Verträge von Locarno ungenügend und in allzu langsamem Tempo vollziehen. Ueberall ist eine große Enttäuschung darüber vorhanden.

Dieses Gefühl wird besonders dadurch hervorgerufen, daß **trotz der Versprechungen der Besatzungsmächte in London die in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen noch nicht vermindert worden sind und trotz aller Zusagen eine Entlastung des Wohnungsmarktes im besetzten Gebiet noch nicht eingetreten ist. Die vom französischen Oberkommando angekündigte Herabsetzung der französischen Besatzungsarmee um etwa 5000 Mann genügt nicht, um die berechtigten Wünsche der Bevölkerung in der zweiten und dritten Zone zu erfüllen.**

Die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Obere Rheinprovinz, ersucht deshalb die Reichsregierung dringend, bei den Regierungen der Besatzungsmächte unausgesetzt darauf hinzuwirken, daß mindestens eine Verminderung **der Besatzungstruppen auf die Zahl der deutschen Truppen im besetzten Gebiet in der Vorkriegsstärke erfolgt,** daß ferner die deutsche Regierung mit allem Nachdruck darauf hinwirkt, daß **die Besatzung des Rheinlandes und die Abtrennung des Saargebietes vor Ablauf der im Friedensvertrag von Versailles festgesetzten Fristen beseitigt und die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches in diesen Gebieten wiederhergestellt werden.“**

Simons über die Behandlung Südtirols.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Der frühere Außenminister und jetzige Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, kam in einem Vortrag über Völkerrecht und Probleme des Minderheitenrechtes zu dem Schluß, **daß sich Italien durch sein Vorgehen in Südtirol nicht nur der Mißachtung feierlicher Versprechungen zur Zeit der Eingliederung Südtirols, sondern auch völkerrechtlich einer Verletzung geltenden Rechts schuldig mache.**

Aus aller Welt.

Die leidige Schußwaffe.

Hagen, 26. Januar. (Radiomeldung.)

In der Nacht vom Sonntag zum Montag gerieten in der Stadt **Haspe vier Anhänger des Roten Frontkämpferbundes** mit einem **Werkmeister namens Renke** in Streit, in dessen Verlauf dieser **einen Revolverschuß abgab.** Einer der Roten Frontkämpfer, der Arbeiter Sichelschmidt, **wurde in den Bauch getroffen und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden, wo er fast hoffnungslos darniederliegt.** Der Werkmeister stellte sich am anderen Morgen selbst der Polizei. Er wurde zunächst in Haft genommen, vom Untersuchungsrichter aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Er gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt, da sich die Aussagen der Beteiligten widersprechen.

Zwei Brillantenschwindler verhaftet.

Wegen Brillantenschwindels und Konkursverbrechens wurden ein 38 Jahre alter, aus Dunskavola in Polen gebürtiger Kaufmann Salomon Perekowicz und dessen Schwager, ein 28 Jahre alter Kaufmann Wolf Consens, der aus Lodz stammt, von der Berliner Kriminalpolizei gesucht. Die beiden kamen in der **Inflationszeit nach Berlin und machten in der Wallstraße 14 unter der Firma „Fortuna“ eine Juwelen-An- und -Verkaufsstelle auf.** In den Kreisen der internationalen Edelsteinhändler bekannt, verkehrten sie viel in einem Café, in dem damals besonders Juwelen „geschoben“ wurden, und machten ihre Geschäfte auch mit Händlern, die keineswegs zu den einwandfreien gehörten. Anfangs Mai vorigen Jahres ließen sie sich für über 100 000 Mk. Juwelen aller Art in Kommission geben, ohne das geringste darauf anzuzahlen, und verschwanden damit. Geschäftsleute, die bald darauf Geld bei ihnen einziehen wollten, fanden den Laden geschlossen. Perekowicz hatte seine Frau, die ihrer Entbindung entgegensah, mit ganzen 100 Mk. zurückgelassen. Die Kriminalpolizei verfolgte die Spuren der Flüchtigen, und mit Hilfe des internationalen Sicherheitsdienstes in Wien gelang es jetzt, beide zu ermitteln und festzunehmen. Perekowicz wurde in Mülhausen (Elsaß) aufgespürt, wo er jetzt ein Tuchgeschäft betrieb. Consens wurde in Brüssel festgenommen. **Er besaß 25 000 Pfd. Sterling, deren Herkunft noch unbekannt ist.** Außerdem wurde festgestellt, daß er bei einer Pariser Großbank ein Safe hat. Auch ein Scheckbuch der Anglo-Egyptian-Bank in Jaffa wurde bei ihm gefunden. Wieviel Geld er an diesen beiden Stellen noch liegen hat, weiß man noch nicht. Die Auslieferung der beiden Verhafteten ist beantragt.

Hotelbrand in Pennsylvania.

Mehr als 20 Personen verschüttet.

Allentown (Pennsylvanien), 25. Januar.

Das Lafayette-Hotel in Allentown in Pennsylvanien ist das Opfer einer Brandkatastrophe geworden. Bisher sind 11 Tote aus den Trümmern des durch das Feuer zerstörten Gebäudes geborgen worden, doch werden 12 weitere Personen noch vermißt; man nimmt an, daß sie unter den Schuttmassen begraben sind. Die Aussicht, die Vermißten lebendig zu bergen, ist sehr gering.

Gottes Segen bei Hauptmann Kohn.

Aus Bamberg wird gemeldet: Ueberreichen Familienzuwachs erhielt der Fischermeister und Feuerwehrhauptmann Nikolaus Kohn aus Bischberg bei Bamberg. In der Frühe gebar dessen Frau stramme Zwillinge, mittags brachte die Kuh ein munteres Kälbchen zur Welt, am Nachmittag bescherte die Ziege zwei Geißlein und gegen Abend setzte die Hofhündin sechs Nachkommen in die Welt. Alle erfreuen sich des besten Wohlbefindens.

Absturz eines Passagierflugzeuges.

Reval, 26. Januar. (WTB.)

Infolge ungünstigen Wetters stürzte das der Esthnischen Aeronaut-A.-G. gehörende Passagierflugzeug „Junkers 13“ **gestern bei einem Fluge über der Stadt ab. Vier Passagiere und der Führer wurden verletzt,** darunter befinden sich das Kind des Direktors der Aeronaut-A.-G., der österreichische Konsul Rolsti und der frühere Flieger Tille, dessen Zustand hoffnungslos ist.

Die Brüder von Tessin freigesprochen.

Tübingen, 26. Januar. (WTB.)

In dem Prozeß gegen die Brüder von Tessin wegen Mordes an ihrem Bruder **beantragte der Staatsanwalt, Manfred von Tessin wegen Mordes oder Totschlages entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen,** da es sich nicht mit Bestimmtheit sagen ließe, ob der Mord mit oder ohne Ueberlegung ausgeführt worden sei. Bei Kurt von Tessin stellte der Staatsanwalt die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Beide Angeklagte wurden freigesprochen.

Grubenunglück in Amerika.

Neuyork, 26. Januar. (Radiomeldung.)

In der Nähe von Newcastle ereignete sich in einem Bergwerk eine Kohlenstaub-Explosion, wobei zwölf Arbeiter getötet wurden. Einzelheiten über das Unglück fehlen noch.

Selbstmord im Zuchthaus.

Prag, 26. Januar. (WTB.)

Wie die Blätter melden, hat der Student Cicenkow, der den ehemaligen bulgarischen Gesandten Daskalow ermordete, in seiner Zelle Selbstmord verübt.

Ein Zug in die Bistritza gestürzt.

Bukarest, 25. Januar.

Gestern ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Piatra—Neamt ein Zugzusammenstoß. Zwei Lastzüge fuhren aufeinander, wodurch der zweite Zug, der aus Lokomotive und fünf Waggons bestand, über eine Brücke 10 Meter tief in die Bistritza stürzte. Hierbei wurden **drei Personen getötet.**

In der Nacht zum Montag stieß ein aus Susak bei Fiume kommender Expreßzug in der Nähe des Bahnhofs Ogulin mit einem Güterzug zusammen. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Infolge heftiger Schneefälle sind in Südserbien verschiedene Züge eingeschneit. Die Linie Gradisko—Monastir ist unterbrochen.

Im Flugzeug über den Ozean.

Einer der spanischen Flieger, die den Versuch eines Fluges nach Amerika unternommen haben, ist am Montag auf den Kanarischen Inseln gelandet, von wo er am Dienstag seinen Flug fortzusetzen gedenkt.

Vier Millionen Mark für einen Teppich.

Im Pariser Louvre ist zurzeit ein Teppich ausgestellt, der von den Kennern als das schönste Stück der Welt geschätzt wird. Er ist in den Kreisen der Sachkundigen unter dem Namen „Jagdteppich“ bekannt und soll der Ueberlieferung nach von Sklaven für eine der Sommerresidenzen des Schahs von Persien angefertigt worden sein. Löwen, Tiger, Panther und Edelhirsche wechseln mit Blumen in den herrlichsten Farben ab; ein Bild vom höchsten koloristischen Reiz. Von der französischen Zollbehörde wurde der aus England kommende Teppich auf 120 000 Pfund Sterling geschätzt. Würde er in Frankreich verbleiben, so müßte für ihn ein Zoll von 20 000 Pfund Sterling erlegt werden. Er ist aber nur für kurze Zeit zu Ausstellungszwecken nach Paris verliehen worden und bildet das Glanzstück in der Sammlung seines Londoner Eigentümers Behar. Wie dieser dem Berichterstatter eines Londoner Blattes erzählte, hatte er bereits ein amerikanisches Angebot in Höhe von 200 000 Pfund Sterling abgelehnt. Der Teppich bildete früher einen Teil des österreichischen Hofschatzes und wurde mit Bewilligung der Reparationskommission an Behar verkauft. Wie die Ueberlieferung berichtet, erhielt ihn Kaiser Leopold im Jahre 1698 von Peter dem Großen zum Geschenk.

Vom Omnibus zum Pegasus.

Ein Schuhmacher aus einem Londoner Vorort und ein Londoner Omnibuschauffeur haben in gemeinsamer Arbeit ein heiteres Singspiel verfaßt, das demnächst im Londoner Easternbourne-Hippodrome seine Erstaufführung erleben soll, wobei ausschließlich Angestellte der Londoner Omnibusgesellschaft und ihre Angehörigen als Mitwirkende beteiligt sind. Das Stück, das als „musikalischer Roman“ bezeichnet wird, führt den lockenden Titel „Der Schmuggler von Beach Head“. Der Text stammt aus der Feder des Schuhmachers Humphrey, und die Musik wurde von Herrn Matthews, der als Chauffeur eines Auto-Omnibus seines Amtes waltet, geschrieben. Es ist die Geschichte eines Spions, der seiner Braut zuliebe später das Schmugglergewerbe ergreift. Die Handlung spielt in Beachy Head, und die beiden Autoren haben dort wochenlang gelebt, um Studien zu machen, die bestimmt sind, ihrem Stück den Lokalton zu wahren. Bei der Aufführung sind sechzig Personen beschäftigt, und Omnibusangestellte sind es auch, die die Dekorationen und Kostüme entworfen haben.

Drei Kinder beim Eislauf ertrunken. In Ratingen spielten am Sonnabendnachmittag fünf Kinder im Alter von fünf bis sieben Jahren in einem Steinbruch, in dem sich Wasser befand. Als die Kinder die dünne Eisschicht auf dem Wasser betraten, brachen alle ein. Auf ihre Hilferufe eilten Leute herbei, denen es gelang, zwei von den Kindern in erstarrtem Zustand aus dem Wasser zu ziehen, die übrigen drei Kinder sind ertrunken. Die Leichen sind geborgen worden.

Ein Kriegsbeschädigter in Otterndorf, der auf einem Rad Besorgungen machen wollte, stürzte in einen Chausseegraben und geriet dabei in eine Fuchsfalle, aus der er sich nicht zu befreien vermochte. Er mußte stundenlang bei eisiger Kälte in dem Chausseegraben ausharren, bis ein Briefträger aus Wanne ihn unter großen Schwierigkeiten aus seiner Lage befreite.

Innsbruck, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Das Schulamt in Trient hat für Südtirol verfügt, **daß der Unterricht des Deutschen als zweite Sprache überall eingestellt werden muß.** In den Klassen mit italienischer Unterrichtssprache dürfen daher deutsche Anfangsstunden nicht mehr erteilt werden. Der Unterricht muß vielmehr ausschließlich in italienischer Sprache erfolgen. (!)

Im Rückstand.

Paris, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Nach einer Havasmeldung aus London soll der Bericht der alliierten Militärkontrollkommission in Berlin über die Durchführung der letzten Deutschland auferlegten Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwaffnung feststellen, daß die deutsche Regierung mit gewissen Maßnahmen, insbesondere in bezug auf die Reorganisation der Polizei und des Oberbefehls der Reichswehr, sowie hinsichtlich der Kontrolle der Geheimverbände, noch sehr stark im Rückstande sei. Die Verzögerung dieser Maßnahmen werde wahrscheinlich zur Folge haben, daß die alliierten Kontrolloffiziere ihren Aufenthalt in Berlin länger ausdehnen müßten, als **ursprünglich beabsichtigt sei.** (!)

*

Die Reichsregierung wird sich dazu äußern müssen.

Preußische Auslandsanleihe.

150 Millionen Mark.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit der Vorlage zur Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landeskultur. Es soll bekanntlich eine Auslandsanleihe im Betrage von 150 Millionen Mark aufgenommen werden, um den Etat von den Ausgaben für werbende Zwecke zu entlasten. Die Anleihe soll zum Teil auch zur Deckung bereits verwendeter Beträge dienen. Der Finanzminister verteidigte seine Vorwegnahme der Ausgaben und bat um nachträgliche Genehmigung der bereits verausgabten Gelder. Der Handelsminister versuchte, den viel kritisierten Ankauf der Mehrheit der Aktien der Siemens-Elektrizitäts-Betriebsgesellschaft zu rechtfertigen. Er erklärt, man habe zugreifen müssen, weil sonst die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke zuvorgekommen wären. Abg. Dr. Waentig (Halle) erklärt, die sozialdemokratische Fraktion stimme dem vorliegenden Entwurf grundsätzlich zu, werde aber bei den einzelnen Anleihegesetzen ihre besonderen Wünsche vortragen. — Fortsetzung der Verhandlungen am Donnerstag.

Geburtstagfeier für Vandervelde.

Brüssel, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Vanderveldes 60. Geburtstag wurde am Montag im Brüsseler Volkshaus in Anwesenheit sämtlicher sozialistischer Minister, Abgeordneten, Senatoren und mehrerer hundert Delegierter der verschiedenen Körperschaften der belgischen Arbeiterbewegung, der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, sozialen Körperschaften, der Frauen und der Jugend gefeiert. Ansprachen hielten u. a. die Senatoren de Brouckere, Mertens, Lafontaine und der frühere Kultusminister, die alle mit inniger Wärme an die unschätzbaren Dienste erinnerten, die der Mann der belgischen Arbeiterklasse geleistet hat, der seit nahezu 40 Jahren ihr großer unbestrittener Führer ist und dem Sozialismus in Belgien von Erfolg zu Erfolg führte. Tief gerührt antwortete Vandervelde, wobei er betonte, **er empfinde es als sein größtes Glück, sein Leben dem Kampf der Arbeiterklasse gewidmet zu haben.** Die Feier war ein neuer Beweis der Stärke und des unverbrüchlichen Vertrauens des belgischen Sozialismus.

Eine Millionen-Schadenersatzklage.

München, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Holzfirma Himmelsbach hat unter dem 25. Januar gegen die Forstverwaltungen der Länder Bayern, Preußen und Hessen Klage beim Landgericht I Berlin eingericht und Schadenersatzansprüche **gegen das Reich in Höhe von zunächst 10 Millionen angemeldet. Bei diesem Prozeß wird die Frage der coup-supplementaire-Verträge eingehend geprüft werden und** damit dann die Frage, ob die schweren Vorwürfe gegen die Firma Himmelsbach (geheimes Paktieren mit den Franzosen, also Landesverrat) gerechtfertigt sind. Diese Vorwürfe bilden die eigentliche Grundlage des Boykotts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0003

Sport und Spiel.

Schwerathletik.

Boxkampf Halle—Magdeburg.

Wie schon erwähnt, veranstaltet der Amateur-Boxklub „International" am kommenden Sonntag im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, einen Boxkampf, zu dem die Magdeburger Städtemannschaft gewonnen wurde. Den Magdeburgern gegenüberzutreten ist immerhin ein Wagnis, doch dürfte wohl „International", der seit 5 Jahren Meister des hiesigen Kreises ist, Halle würdig vertreten. Es stehen sich folgende Paare gegenüber, und zwar im Fliegengewicht: Paul Wirth (Int.) - Walter Müller (Adler 98-Magdeburg); Bantamgewicht: Karl Gütsche (Int.) — Otto Seifert (Adler 98-Magdeburg); Federgewicht: Otto Hintze (Int.)— Walter Siegert (Adler 98-Magdeburg); Leichtgewicht: Willy Limpert (Int.) — Hermann Lange (Sportverein „Vorwärts"-Magdeburg); Weltergewicht: Anton Predeck (Int.) gegen Walter Fischer (Sportverein „Einigkeit"-Magdeburg); Mittelgewicht: Karl Sander (Int.) — Hermann Bühnemann (Adler 98-Magdeburg). Außerdem werden noch zwei Einleitungskämpfe geboten.

*

Arbeiter-Athletenklub Kietleben 1923. Der Verein stand am Sonntag, dem 24. Januar, dem Kraftsportklub Achilles 1890 im Freundschaftskampf gegenüber. Es wurden gute technische Kämpfe gezeigt. Das Resultat stand 11:13 für Achilles.

16. Kreis, 7. Bezirk: Märkische Spielvereinigung.

Bezirksmeisterschaften. Die Entscheidungsspiele in der Jugend, 3. und 2. Klasse haben überraschende Resultate gezeitigt. Bezirksmeister der Jugendklasse wurde im Spiel Annahütte—Naundorf b. L. Annahütte mit 5:1 (N. trat mit 8 Mann an). In der 3. Klasse siegte haushoch überlegen Neu-Hellas II (Finsterwalde)—Mückenberg I mit 7:0. Die 2. Klasse vertrat Henriette I gegenüber Staupitz I. Der zahlenmäßig ausgedrückte Erfolg von 8:0 Toren für Henriette I sicherte ihr den Meistertitel. Somit hat die Gruppe Bockwitz in sämtlichen Klassen die Meisterschaft 1922/26 verloren. K.

Gruppe Finsterwalde. In der kürzlich stattgefundenen Gruppensitzung waren sämtliche Vereine anwesend. Gruppenleiter für 1926 ist Genosse Noack, Schriftführer Genosse Mühlfriedel. Der Fall Kirchhain wurde durch Dringlichkeitsantrag an den Vertretertag am 31. Januar in Finsterwalde überwiesen. Die kommende Sitzung wird in Kirchhain abgehalten. Die Aufstellung der Gruppenmannschaft Finsterwalde gegen Senftenberg am 31. Januar in Finsterwalde ist beendet. Das Spiel steigt nachmittags 2½ Uhr.

Vereinssportwarte! Vom 31. Mai bis 12. Juni findet ein Kursus für Leichtathletik an der Bundesschule statt. Da im 16. Kreise diese Sportart noch sehr am Boden liegt, ist es Pflicht der Vereinsleitungen, diesen Kursus zu beschicken.

Spielleute des 16. Kreises. Die Tagung der Spielleute des 16. Kreises findet erst am 27. und 28. Februar 1926 in Magdeburg-Buckau im „Admiralspalast" statt. Als Stimmberechtigte des Kreises nehmen daran teil: 1. der Kreisstabführer, 2. die Stabführer des 1., 2. und 3. Bezirks. Mandatbescheinigungen sind, gestempelt und bescheinigt, vom Kreisstabführer anzufordern. Beginn der Tagung: Sonnabend, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr.

3. Bezirk. Sämtliche Gruppen- und Vereins-Kinderturnwarte werden ersucht, ihre Adresse umgehend an den Genossen R. Müller, Bezirks-Kinderturnwart, Finsterwalde, einzusenden.

Kreismeisterschaft des 16. Kreises.

Am Sonntag fanden die letzten Punktspiele um die Kreismeisterschaft statt. Süden (Forst) konnte Vorwärts (Schwerin) mit 2:0 schlagen, während Borussia (Welzow) gegen Nebesdorf ein Unentschieden herausholte. Die noch schwebenden Proteste werden wohl an der Feststellung Südens als Kreismeister nichts mehr ändern können. Die Tabelle sieht somit wie folgt aus: 1. Süden (Forst) 3 Spiele, davon 3 gewonnen = 6 Punkte; 2. Welzow 3 Spiele, davon 1 gewonnen, 1 verloren, 1 unentschieden = 3 Punkte; 3. Nebesdorf 3 Spiele, davon 1 gewonnen, 1 verloren, 1 unentschieden = 3 Punkte; 4. Vorwärts 3 Spiele, davon 3 verloren = 0 Punkte.

Das Protestspiel Süden (Forst) — Borussia (Welzow) kann auf neutralem Platz stattfinden. Welcher Ort will es übernehmen? Meldungen sind an den Genossen R. Braun einzusenden.

Werbt neue Leser!

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SAJ. Dienstag fällt die Sitzung der Agitationskommission aus und findet am Sonnabend pünktlich 1/48 Uhr beim Gen. Zoll, Flottwellstr. 17, statt. Das Erscheinen aller Kommissionsmitglieder ist unbedingt notwendig.

Jungsozialisten. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Weidenplan 20: Politischer Aussprache-abend. Volksentscheid. Regierungsbildung. Wirtschaftskrise. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Gäste willkommen.

Arbeiterwohlfahrt. Am Mittwoch, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a: Mitgliederversammlung.

— **Kindergruppe.** Dienstag, den 26. Januar 1926, nachmittags 5 Uhr: Lichtbildvortrag über „Weltliche Schule" und anderes. Jeder zur Stelle! Noch Vermögen 5 Pfg. mitbringen! Erwachsene willkommen!

— **Nähstube** in der Torschule: Jeden Mittwoch von 3 bis 6 Uhr Nähstunde. Genossinnen als Helferinnen jederzeit willkommen.

Republikanische Jugend-Kundgebung. Wir fordern die gesamte Einwohnerschaft Halles, alle republikanischen Parteien und Organisationen zum zahlreichen Besuch des Vortrages von Otto Stündt (Nürnberg): „Das junge Deutschland und die wirkliche Republik" am Donnerstag, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im großen „Wintergartensaal" auf. Der Arbeitsausschuß der republikanischen Jugendbünde nebst Sozialistischer und Demokratischer Studentengruppe und Jung-Reichsbanner.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Mieterverein. Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Wörlitz. Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Quelle": Generalversammlung. Vorstandswahl. Hierauf Vortrag des Genossen Petersdorff (Halle). Alle Genossen mit ihren Frauen müssen erscheinen.

Reichs- Banner — Schwarz- Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Hamburgfahrer: Einzahlung des Fahrgeldes (17,50 Mark) bis spätestens 5. Februar (Gaubureau, Harz 42-44).

— Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Wintergarten": Teilnahme der Ortsgruppe an der republikanischen Jugend-Kundgebung. Saaldienst-Fahnen und Spielmannszug zur Stelle.

— Freitag, den 29. Januar, im großen „Volksparksaal": Filmvorführung. Der Besuch wird allen Kameraden empfohlen.

— **2. Abteilung** (Nord). Freitag, 5. Februar, abends 8 Uhr, in „Schmelzers Höhe" (Eichendorffstr.): Monatsversammlung.

— **4. Abteilung** (West). Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, im Jugendheim (Weingärten): Jugendversammlung, zu welcher alle Jugendkameraden der Abteilung erscheinen müssen.

Reste und Restbestände

von Gardinen und Dekorationen / Künstlergardinen / Madrasgarnituren / Vorhangstoffen / Dekorationsstoffen usw. / die durch den äußerst regen Verkauf der letzten Zeit entstanden sind / geben wir zu außergewöhnlich billigen Preisen ab

bis zu **50%** Nachlaß!

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer Gardinen-Fabriken Georg Methner & Co.

Halle a. S. • Am Leipziger Turm

DIE **BILLIGSTEN QUALITÄTS-ZIGARETTEN** DER ADLER-COMPAGNIE A.G.

ADLER TURF 3 Pf.
ASSUH 4 Pf.
MONNA VANNA 5 Pf.
MAGAZIN 6 Pf.

Stadt-Theater.

Mittwoch 7½ Uhr: **Intermezzo** Ende 10¼ Uhr.
Donnerstag 7½ Uhr Uraufführung **Schwalben** Ende 10½ Uhr.
Freitag 7½ Uhr: **Belinde**

Kurhaus Wittekind

Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr: **Konzert** vom Hall. Sinfonie-Orchester. Ltg. Benno Pläts.
Abends 8 Uhr: **Gesellschaftsabend mit Tanz**

Zimmerklosetts von Mk. 22,50 an **G. Brose**, Gr. Sandberg 8

Kauft nur bei unseren Inserenten !!

Universität Halle-Wittenberg

Sonntag, den 31. Januar, vorm. 11 Uhr, im **Stadt-Theater**:

Sinfonie-Konzert

zum Besten des **Gefallenen-Denkmals.** 481

Leitung: General-Musikdirektor Erich Band. Solistin: Kammersängerin Band-Agloda (Sopran).
Orchester: Stadttheater-Orchester.

1. Maurerische Trauermusik, Mozart;
2. Gesänge für Sopran und Orchester a) Gebet, Erich Band; b) Gesang der Apollopriesterin. Rich. Strauß,
3. Sinfonie III (Eroica), Beethoven.

Karten zu Mark 4,—, 3,50, 3,—, 2,— und 1.— an der Theater-Kasse.

Junger Genosse sucht zum 15. 2. oder 1. 3. **einfach möbl. Zimmer** Offert. unter V H 174 an die Expedition.

Werbt neue Leser

Suchen Sie **Angestellte Arbeiter Beamte Handwerker** so inserieren Sie im **Volksblatt**"

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Betrifft Getränkesteuer.

Wir bringen nachstehend den Wortlaut des Absatzes 10d der Ausführungsbestimmungen zur Erhebung einer Getränkesteuer in Erinnerung und ersuchen um Beachtung: „Alle Privatpersonen des Stadtbezirks, welche nach dem 15. Januar 1925 steuerpflichtige Getränke (Biere, Liköre, Weine usw.) von auswärts zum Selbstverbrauche oder zur Abgabe an Dritte bezogen haben oder noch beziehen, haben nach jedesmaligem Eingang solcher Getränke unter Vorlage der Rechnungen den Zugang im Stadtsteueramt anzumelden und die Steuer gleichzeitig zu entrichten." 478

Eisleben, den 20. Januar 1926.

Der Magistrat.

WALHALLA

Direktor Paul Blüthgen
Anfang 7¾ Uhr Tel. 8385
Letzte Woche des Operett.-Gastsp. Dir. Paul Hepner
Bis Sonntag, den 31., einschl. täglich
Die reizende Schlager-Operett
Mädi
Operette in 3 Akt. von Robert Stolz.
Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen. 484

Hallische Jugend,

erscheine in Massen!

Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im großen „Wintergartensaal":

Kundgebung

der gesamten republikanischen Jugend Halles 463

Der Führer der republikanischen Jugend Bayerns

Otto Stündt (Nürnberg)

spricht über:

Das junge Deutschland u. die wirkliche Republik

Die gesamte Einwohnerschaft Halles ist eingeladen

Der Arbeitsausschuß der hallisch. republik. Jugendbünde nebst Sozialist. u. Demokrat. Studentengruppe und Jung-Reichsbanner.

Malerarbeiten führt billigst aus. Off. unter V H 171 an die Exped. d. Blattes

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Korn & Zöllner

Brüderstraße 13 :: Fernruf 3763

Eisenwaren, Werkzeuge f. Tischler u. Zimmerleute, Tür-, Fensterbeschläge Schnitzleisten, Portierengarnituren.

Amtliche Bekanntmachungen

Helbra

Die **Hauszinssteuer** soll vom 1. April 1926 an nicht mehr als ein Vielfaches der Grundvermögenssteuer, sondern unmittelbar nach einem Vomhundertsatze der Friedensmiete oder bei nichtvermieteten Gebäuden des Friedensmietswerts (ortsüblicher Mietzins) erhoben werden.

Damit die Veranlagung rechtzeitig durchgeführt werden kann, wird den Eigentümern der hauszinssteuerpflichtig. Grundstücke in den nächsten Tagen ein besonderer Vordruck zugestellt werden, dessen sorgfältige Ausfüllung hinsichtlich der Friedensmiete der vermieteten Gebäude oder Gebäudeteile im Interesse der Grundstückseigentümer selbst liegt. Die Vordrucke werden 10 Tage nach ihrer Abgabe abgeholt werden.

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß die Formulare den Hauswirten oder dessen Stellvertretern in den nächsten Tagen zugestellt werden. Ich bitte um genaue Ausfüllung. Der Tag der Abholung wird vom Austräger bekanntgegeben. 483

Helbra, den 22. Januar 1926.

Der Gemeindevorsteher.

1. Auflage vergriffen. 2. im Neudruck! Lieferung Ende dieser Woche.

W. Dittmann:

Die Marine-Justizmorde von 1917

und die

Admirals-Rebellion von 1918

Dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg.

◆

Vorausbestellungen an die

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27

Bitterfelder Volksbuchhandlung
Bitterfeld, Steinstraße 3

Okasa für Männer!

Nach Geheimrat Dr. med. Lahusen.

Vielfach nachgeahmt! Niemals erreicht!

Ein Beweis

für die prompte u. anhaltige Wirkung von „OKASA" sind die in letzter Zeit aufgetauchten versuchten

Nachahmungen

der gesetzlich geschützten Marke „OKASA" nach Geheimrat Dr. med. Lahusen. Nur anerkannt bewährte Präparate bieten Anreiz zur Nachahmung.

Weite Wege haben die Rohprodukte zurückgelegt, bevor sie in Deutschland zu den bewährten Okasa-Tabletten nach Geheimrat Dr. med. Lahusen (Sexual-Kräftigungmittel bei vorzeitiger Schwäche) verarbeitet werden. Ersatzmittel gibt es nicht! Die Wirkung von Yohimbin allein ist in den Schatten gestellt! Hochinteressante Broschüre mit täglich eingehenden geradezu frappanten Anerkennungen über die prompte und nachhaltige Wirkung von Aerzten und Privatpersonen jeden Standes erhalten Sie kostenlos absolut diskret in verschlossenem Doppelbrief, ohne Absender gegen 20 Pfg. Porto. Es wird ausdrücklich betont, daß keine unverlangten Nachnahmesendungen, wie dies jetzt vielfach üblich, versandt werden. Die Zusendung der Broschüre verpflichtet Sie zu nichts. Bestellen Sie sofort (auch wenn Sie bisher alles mögliche, Apparate, sog. Kräftigungsmittel usw. erfolglos angewandt), und dann — — urteilen Sie selbst. Eine Originalpackung à 100 Portionen 8,50 Mk.

Zu haben in den Apotheken. Generaldepot und alleiniger Versand:

Radlauers Kronen-Apotheke, Berlin 262. Friedrichstraße 160.

13

Spül-Apparate von 2 Mk. an
Irrigatoren (Spülkannen) von 1,50 Mk. an
Spülmittel 70 Pfg.
Windelhöschen 90 Pfg.

C. Klappenbach & Co. Gr. Ulrichstr. 41 Halle a. S.

En gros: Gr. Ulrichstr. 40, I. Etage 466

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Januar 1926.

Der Schrei auf der Straße.

Am Montagnachmittag gegen 4 Uhr wurde in der Magdeburger Straße vor dem Grundstück Nr. 15 ein 3½jähriger Knabe von einem in der Richtung Riebeckplatz fahrenden Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet. Durch die herbeigerufene Feuerwehr wurde nach Hebung des Straßenbahnwagens die Leiche des Knaben hervorgezogen. Die 5jährige Schwester, die sich in Begleitung des Knaben befand, blieb unverletzt. Nach Aussage von Augenzeugen soll den Straßenbahnführer keine Schuld an dem Unglücksfall treffen.

Aus dem täglichen Polizeibericht.

*

Auf einmal gellt ein Schrei durch den Lärm der Straße. Die Automobile stoppen ab. Die Bremsen der Straßenbahnen kreischen. Den Fußgängern stockt der Schritt. Und dann legt eine bleierne Stille sich über alles. . . .

Was ist geschehen? Ein armes Menschenkind, das nicht auf seiner Hut gewesen, ist zu Boden gerissen und überfahren worden. Jetzt liegt der Junge da — ein armseliges Bündel Kleider. Bedeckt vom Schmutz der Straße. Regungslos. Und über sein Gesicht, das grau geworden ist, zieht sich ein schmaler Blutstreif und versickert.

Er liegt halb auf der Seite. Die Hände sind ausgestreckt, als wollten sie nach einer letzten Hilfe greifen, die nicht mehr da war. Sein Haar sieht plötzlich aus wie angeklebt. Und er selbst gleicht kaum noch einem lebendigen Menschen. Er gleicht einer Sache, einem Gegenstand, der entzweigegangen und nutzlos geworden ist, den man in eine Ecke werfen und durch einen andern ersetzen wird, wenn man ihn braucht. Dieser Mensch, der dort mit zerbrochenen Gliedern unter dem Auto liegt, dieser Mensch war es, der eben jenen gellenden Schrei ausgestoßen hat, der alles zum Stillstand zwang und alles bannte!

Habt ihr einmal jenen furchtbaren Schlag gespürt, jenes Atemstocken, jenes Aussetzen des Herzschlags, wenn mitten im tosenden Gedränge der Straße ein solcher menschlicher Angstschrei gellt? Dieser Menschenschrei übertönt alle Geräusche, das Rasseln der Räder, das Fauchen der Motoren, das Gebrüll der Hupen. Er ist der fürchterlichste Laut der Großstadt, der alles versteinern, alles verstummen läßt. Er ist so schrecklich, wie es einst im Felde das Schmerzgeschrei der verstümmelten Kreatur war.

Ich habe damals Pferde gesehen, die bei dem Einschlag von Granaten kaum zusammenzuckten. Wenn aber ein Mensch in ihrer Nähe todwund aufschrie, dann bäumten sie sich vor Entsetzen auf und versuchten zu flüchten. Ich habe beim Krachen der Geschosse die entferntesten Menschenschreie mit fürchterlichster Deutlichkeit gehört. Sie stachen wie Messer in die Ohren. Gegen diese Menschenschreie hat nicht einmal Gewohnheit abgestumpft.

So sticht auch dieser Schrei auf der Straße wie ein Messer nach uns, daß alle Nerven sich zusammenziehen. Die Menschen, denen gar nichts geschehen ist und gar nichts droht, werden schreckensbleich und stehen wie gelähmt. Frauen beginnen zu zittern und zu weinen. Kinder krallen sich an ihre Mütter. Und bleiern legt sich gleichzeitig die Todesschwere, dumpf und erstickend, über die eben noch rasende Straße, daß man nur noch den eigenen Herzschlag zu hören glaubt, der uns bis in den Hals hinauf erschüttert. . . .

Das alles dauert nur sekundenlang. Dann strömen die Helfer zusammen. Man hebt das Auto an, unter dem der Verunglückte liegt. Man hebt den Besinnungslosen vorsichtig vom Pflaster. Dann rennt man nach dem nächsten Telephon, um die Unfallstelle anzurufen. Dann ist bereits ein Arzt da, der darüber wacht, daß der Verunglückte nicht falsch angefaßt wird, daß ihm nicht größere Schmerzen verursacht werden, als unvermeidlich ist. Dann entrüstet man sich über die Rücksichtslosigkeit des Straßenverkehrs. Dann sucht man schon Schuld und Schuldlosigkeit zu verteilen.

Nachher! Und wozu? warum? Der Autoführer ist zu schnell gefahren! Möglich. — Der Verunglückte ist leichtsinnig gewesen! Möglich. — Die Verkehrsregelung ist mangelhaft! — Alles ist möglich!

Vorher hat sich niemand um die Dinge, wie sie sind, bekümmert. Und zehn Minuten später wird sich niemand mehr darum bekümmern. Dann ist das Straßenopfer fortgeschafft und liegt in einem weißen Bett im Krankenhause oder auf dem Operationstisch oder in einer Totenhalle. Die Autos rasen wieder wie vorher, und die Passanten sind wieder leichtsinnig.

Die Großstadtstraße aber heult und brüllt die alte Melodie in wildem Rhythmus. Das Leben drängt und stößt sich in den alten Bahnen vorwärts. Bis plötzlich wieder solch ein Menschenschrei gellt und alles in seinem wahnsinnigen Rekordlauf stocken und alle Geräusche verstummen läßt.

Aber niemand lernt aus diesem Schrecken. Mancher wird vielleicht mit einem Nervenkitzel abends zu Hause oder am Stammtisch von dem Erlebten und Gesehenen berichten und abends mit Befriedigung feststellen, daß seine Zeitung pflichtgemäß über den Unglücksfall berichtet. Aber nur in wenigen wird der Schrei nachzittern, den ein Mensch in Not und Todesangst herausstößt.

Viele solcher Schreie gellen täglich in einer Großstadt auf. Doch nur die wenigsten werden gehört. Die andern alle verhallen lautlos zwischen Zimmerwänden, wo Menschen hungern oder am Verzweifeln sind. Das sind die Schmerzensschreie armer Lebensopfer, für die es weder Arbeit noch Hilfe gibt, über welche die Räder des Eigennutzes und der Profitgier der Besitzenden hinweggehen. Von diesen Opfern, die sich in die dunkelsten Winkel verkriechen wird nicht groß gesprochen, da man nur selten ihren Schrei vernimmt. Doch wenn er laut wird, übertönt man ihn mit Gewehrsalven und mit Geschrei von Vaterland und Ehre. Denn der Schrei des Hungers ist ein Verbrechen vor dem Bürgertum. Der Schrei des Todes aber gottgewollt! W. H.

Handwerkerprotest gegen das Preisabbaugesetz.

Die Reichsregierung hat bekanntlich einen Gesetzentwurf über den Preisabbau ausgearbeitet, der demnächst den Reichstag beschäftigen wird. Sie hat eingesehen, daß die vom Luther-Kabinett angekündigte Preisabbauaktion ein vollkommenes Fiasko erlebte. Obwohl auch der genannte Gesetzentwurf eine einzige Halbheit darstellt und nicht geeignet ist, zum erstrebten Ziele zu gelangen, laufen insbesondere die Innungshandwerker bereits gegen die beabsichtigten Maßnahmen der ihnen doch so nahestehenden Regierung Sturm. Im „Stadtschützenhaus" wurde am Sonntag eine Protestversammlung des Handwerks „gegen das geplante Ausnahmegesetz" veranstaltet und nach den üblichen Brandreden folgende Entschließung angenommen:

„Das versammelte Handwerk in Halle verwahrt sich einmütig und entschieden gegen das geplante Handwerkerausnahmegesetz. Es muß darin den Versuch erblicken, ihm die Verantwortung für eine wirtschaftliche Entwicklung zuzuschieben, der es machtloser gegenübersteht, als andere Wirtschaftsgruppen, deren finanzielle und politische Macht sie vor gleicher scharfer Maßnahme der Regierung schützt. Der Verdienst des Handwerks ist durch die Verarmung unseres Volkes und den gesteigerten Wettbewerb auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Der einseitige Kampf gegen das Handwerk ist daher ungerecht und unverantwortlich. Der Preisabbau selbst ist vom Handwerk so gefördert worden wie von keinem anderen Stande. Eine weitere Senkung der Preise ist aber abhängig von der Ermäßigung der Rohstoffpreise und der öffentlichen Gebühren und Abgaben, die heute unsere Produkte erheblich verteuern und den Preisstand wesentlich beeinflussen. Die öffentlichen Körperschaften müssen daher zunächst durch sparsamste Wirtschaft die Vorbedingungen für den Preisabbau schaffen. Das Handwerk erwartet, daß der Reichstag diesen Forderungen Rechnung trägt und den vorliegenden ungerechten Gesetzentwurf ablehnt."

Wir erfüllen lediglich unsere Chronistenpflicht, wenn wir diese Entschließung der Oeffentlichkeit unterbreiten. Den Kommentar wird sich wohl jeder selbst machen.

„Mitteldeutscher Jungarbeiter-Kongreß."

Am vergangenen Sonntag sollte ein letzter Wiederbelebungsversuch der Kommunistischen Jugend des hallischen Bezirks unternommen werden. Vier Wochen lang hatte das kommunistische Organ mit großen Lettern für diese „gewaltige Tagung" Propaganda" gemacht. Trotzdem hatten sich nach einiger Wartezeit, statt im großen Volksparksaal, wie angekündigt, knapp hundert „Kampfgenossen" im kleinen Mittelzimmer eingefunden, von denen ungefähr die Hälfte „delegiert" war und sich aus den umliegenden Orten des Saalkreises rekrutierte. Zieht man davon noch die etwa 50 Hallenser ab, so kann man sich ein Bild von der „überwältigenden Wucht" dieses „mitteldeutschen" Jungarbeiterkongresses machen. Der aus der SAJ. von selbst ausgeschiedene Rußlandfahrer Jungkans (Weißenfels) gab dann den bekannten rosigen Bericht über die Verhältnisse Rußlands. Man merkte es seinen Ausführungen an, daß sie nicht seinem Gehirn entsprungen waren, denn im Schlußwort, das er nicht im Manuskript stehen hatte, ging es sehr holprig zu. Auch der zweite Rußlandreisende Schettig konne mit seinen irgendwo abgeguckten — natürlich falschen — Lenin-Gebärden keinen Eindruck machen. Aus der weiteren Diskussion, in der viel von Weltrevolution und Bourgeoisie geredet wurde, sind Ausführungen des Genossen Bode zu erwähnen, der auf das russische Prämien- und Akkordsystem hinwies, während zwei Vertreter der KAJ. neben den üblichen revolutionären Phrasen Mißstände in Sowjetrußland aufzeigten. Den Höhepunkt erreichte der „Kongreß" sicherlich mit der „Rede" eines kaum zehnjährigen Hosenmatzes, der in heldenhafter Pose seine auswendiggelernten Redensarten den Anwesenden entgegendonnerte. Mit zwei unendlich langen Resolutionen, die niemand beachten wird, fand diese lächerliche Komödie ihren tragikomischen und hoffnungslosen Abschluß. —ll.

„Dem Volke muß die Religion erhalten werden!"
sagten die „christlichen" Fürsten und plünderten es dabei gründlich aus.
Der „gottlose" Arbeiter sagt:
„Mein Volk muß erhalten werden!"
und schickt darum sein Kind zur weltlichen Schule.

Die Entwicklung des Sparkassenwesens.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Uebersicht der „Statistischen Korrespondenz" über den Stand der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassens Preußens im November 1925 entnimmt, hat die günstige Entwicklung der Einlagenbestände im Spar- und bankmäßigen Sparkassenverkehr angehalten. Der Gesamtspareinlagenbestand hat sich um 52,6 Millionen Mark oder um 5,3 Prozent vermehrt und mit 1051,1 Millionen Mark die erste Milliarde etwas überschritten. Die Spareinlagen haben sich seit Beginn des Jahres 1925 um 645,6 Millionen Mark erhöht; der absolute Novemberzusatz war um 2,01 Prozent größer als der des Vormonats.

* **Eine empfindliche Betriebsstörung** wurde, wie bereits kurz berichtet, gestern durch einen Maschinendefekt beim städtischen Elektrizitätswerk verursacht. Durch den Ausfall der Stromlieferung wurde nicht nur der Straßenbahnbetrieb in Halle auf länger als eine Stunde stillgelegt, sondern auch die Fernbahn Halle—Merseburg mit ihren Frühwagen, die besonders der Arbeiterbeförderung dienen, in Mitleidenschaft gezogen. Trotz wiederholter Versuche, durch Umschalten die in Halle stehenden Wagen freizubekommen, war dies erst gegen 7 Uhr möglich, so daß einige Züge der Fernbahn ausfallen mußten.

* **Keine Hochwassergefahr.** Der ziemlich plötzlich eingetretene Umschwung von starker Kälte zu frühlingsmäßiger Wärme hat von neuem Befürchtungen, daß die Ueberschwemmungen sich wiederholen könnten, entstehen lassen; aber bisher liegt keinerlei Gefahr vor. Der Unterpegel an der Trothaer Schleuse verzeichnete heute früh einen Wasserstand von 2,66; das ist eine Steigerung um 24 Zentimeter in der letzten Nacht. Beim Wasserbauamt liegen keinerlei Meldungen vor, die auf erneute Hochwassergefahr im Gebiete des Oberlaufes der Saale schließen ließen.

* **Noch ein Straßenbahnunfall.** Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurde in der Dessauer Straße ein in Richtung Große Steinstraße fahrendes, mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk von einem in derselben Richtung fahrenden Straßenbahnwagen angefahren. Der Geschirrführer wurde vom Wagen geschleudert und geriet unter die Schutzvorrichtung des Straßenbahnwagens. Er trug Verletzungen am Kopfe davon und mußte der Klinik zugeführt werden. Das Fuhrwerk wurde gegen einen Straßenbahnmast geschleudert und stark beschädigt. Ebenso traten Beschädigungen am Führerstand des Straßenbahnwagens ein. Die Pferde wurden erheblich verletzt.

* **Rundfunkstörungen und Sendegesellschaft.** Der Hallesche Wirtschafts- und Verkehrsbund hat eine Eingabe an das Reichspostministerium gerichtet, die sich mit den unerfreulichen Rundfunkverhältnissen in Halle beschäftigt und besonders auf die Verpflichtung der Sendegesellschaften hinweist, das nötige Kapital zur Beseitigung der in dieser Form einzig und allein in Halle auftretenden Störungen zu investieren. An Hand eines eingehenden Kostenanschlags zeigt die Eingabe, daß das für die Beseitigung der Störungen nötige Kapital in etwas mehr als einem Jahre vollständig amortisiert sein würde. Auf das Ergebnis dieser Eingabe darf man nach all den vergeblichen Versuchen gespannt sein.

* **Warnung vor Krankenkassenschwindlern.** Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben: Die Krankenversicherungsgesellschaft „Anker" in Aachen läßt durch Vertreter Mitglieder werben, ohne behördlich genehmigt zu sein. Ein hiesiger Vertreter betrügt außerdem die geworbenen Mitglieder, weil er die einkassierten Beträge nicht abliefert. Gleichzeitig versucht er, die bereits für die Gesellschaft „Anker" geworbenen Mitglieder unter allerlei Vorspiegelungen zum Uebertritt in die ebenfalls behördlich nicht zugelassene Krankenkasse „Teutonia" zu veranlassen, für die er jetzt tätig ist. Es wird vor dem Beitritt in diese Kassen gewarnt und Geschädigte gebeten, sich unter Vorlegung der Mitgliedsbücher bei der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium zu melden.

* **Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Februar findet beim Postamt 2, Thielenstr. 2a, wie folgt statt: am 29. Januar für die R-Rentenempfänger, am 30. Januar für die H-Rentenempfänger, am 3. Februar für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 bis 2 Uhr.

Adolf Thiele zum Gedächtnis.

Gestern, am 25. Januar, jährte sich der Tag, an dem einer unserer für die lokale Arbeiter- und Parteibewegung verdienstvollsten Genossen durch Herzschlag aus diesem Jammertal abgerufen wurde. Adolf Thiele! In Adolf Thiele verlor die mitteldeutsche Arbeiterbewegung den eifrigsten Förderer ihrer Interessen. Seine glühende Liebe für das Proletariat, seine vulkanische Kampfnatur und vor allen Dingen sein reiches Wissen auf allen Gebieten befähigten ihn wie selten jemand, sich unermüdlich in den Dienst für die Interessen des vierten Standes zu stellen und das Höchste zu leisten. Niemals war ihm etwas zuviel, und sein Spruch war es immer, daß Schwierigkeiten dazu da sind, um überwunden zu werden. Geradezu staunenswert war es, wie viele Angelegenheiten er mitunter gleichzeitig in die Hand nahm. Alles griff er mit frischem Wagemut an und Enttäuschungen konnten ihn nicht schrecken. Wie denn auch sein Optimismus in allen Dingen durch nichts zu erschüttern war.

Wer sich im Dienste für die Arbeiterschaft betätigt, wer im politischen Leben steht, dem bleiben Enttäuschungen nicht erspart und manche unverdiente Unbill wird ihm zuteil. Auch Adolf Thiele blieb davon nicht verschont. Aber wenn einer sich zu wehren verstand, dann war er es. In Wort und Schrift verfocht er den einmal als richtig erkannten Standpunkt mit äußerster Energie. Konzessionsschulze ist Adolf Thiele nie gewesen! In allen Kämpfen in Wort und Schrift wahrte er fast immer die Form, und er war unwillig über sich selbst, wenn er sich einmal dabei gehen ließ. Bemerkenswert ist auch die große Achtung, deren Adolf Thiele sich auch bei unzähligen Andersgesinnten erfreute; man fühlte wohl, daß man in ihm eine Persönlichkeit vor sich hatte, man erkannte die Lauterkeit seines Handelns und seines Charakters. Seine persönliche Liebenswürdigkeit und seine stete Hilfsbereitschaft war über allen Zweifel erhaben. Selbst mit irdischen Glücksgütern niemals gesegnet, hat Thiele manchem nicht nur mit Rat geholfen. Auch das verdient festgehalten zu werden.

Im Namen Adolf Thiele verkörpert sich ein Stück Geschichte speziell der hallischen Arbeiterschaft in kommunaler und politischer Beziehung. Volle 30 Jahre weilte er in unserer Mitte. Vor einem Jahre ging er als Zweiundsiebzigjähriger von uns. Im Gertrauden-Krematorium eingeäschert, ruht seine Asche in einem der schönsten und zugleich auch stillsten Reviere dieses Friedhofs. Ein Kämpfer schläft dort den letzten Schlaf, der den größten Teil seines bewußten Lebens in den Dienst für die Vertretung der Interessen der werktätigen Bevölkerung gestellt hat, dessen feuriges Herz bis zum letzten Atemzug in glühender Liebe für die Enterbten und Entrechteten schlug.

Im Anschluß hieran noch einige Bemerkungen. Der Verstorbene, der im vergangenen Jahre seine Goldene Hochzeit hätte feiern können, hinterließ seine im 71. Lebensjahre stehende Witwe, die beinahe 50 Jahre seinen Lebensgang mit ihm geteilt. Seine vielseitige Inanspruchnahme, die Ausübung der ihm übertragenen Mandate und nicht zuletzt die vielen im Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft erlittenen Freiheitsstrafen brachten es mit sich, daß seine Frau manche Monate und sogar Jahre einsam zubringen mußte. Nun ist sie für immer allein. Vier Wochen nach dem Tode ihres Mannes erlitt sie einen vollständigen seelischen und körperlichen Zusammenbruch, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat. Beinahe 11 Monate hütet sie ununterbrochen das Bett und bedarf Tag und Nacht einer Pflegerin. Der plötzliche Tod des Lebenskameraden hat sie ins Herz getroffen. Aus Pietätsgefühl für den Verstorbenen stehen ihr eine Anzahl Parteigenossen mit Rat und Tat zur Seite. In diesen Handlungen ehren sich die Betreffenden selbst!

Am einjährigen Todestage dieses um unsere Interessen so verdienten Mannes zu gedenken, erschien mir als liebe und notwendige Freundes- und Parteipflicht. Hugo Kühne.

Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge.

Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der neuerlassenen Verordnung über den Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen **die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reichsgebiet einheitlich zu bemessen.** Von dieser Befugnis hat der vom Verwaltungsrat gebildete Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge in seiner Sitzung vom 25. Januar Gebrauch gemacht und den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf **drei Prozent** des Grundlohnes festgesetzt. Hiervon ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt in örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Aus dem Saalkreis.

Ammendorf. Esperanto-Lehrkursus. Internationale Völkerverbrüderung ist das erstrebenswerte Ziel des gesamten Weltproletariats. Die internationale Welthilfssprache Esperanto ist das beste Verständigungsmittel von Volk zu Volk, ist der beste Weg zu einer dauernden internationalen Völkergemeinschaft. Wir machen die Arbeiterschaft von Ammendorf darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, dem 28. Januar, im Naturfreundeheim ein Esperanto-Lehrkursus anfängt. Anfang 7½ Uhr. Alles Nähere erfolgt dort. Esperanto lernt man leicht und ist sehr gut zu verstehen.

Döllnitz. Wiederaufbau der Parteiortsgruppe. Bei den letzten Wahlen war auch in unserem Ort ein beachtenswerter Stimmenzuwachs für die SPD. zu verzeichnen. Aus diesem Grunde hielt es die Parteileitung für angebracht, den Versuch zu unternehmen, den der Parteispaltung zum Opfer gefallenen Ortsverein wieder ins Leben zu rufen. Eine zu diesem Zweck zum Sonntag einberufene Versammlung beschäftigte sich nach einem Referat des Genossen Petersdorff (Halle) sehr eingehend mit der Notwendigkeit des organisierten Zusammenschlusses. Nach eingehender Aussprache und nachdem die Anwesenden ihren Beitritt zur Partei vollzogen hatten, kam es zur Konstituierung des neuen Ortsvereins. Der neugewählte Vorstand besteht aus folgenden Genossen: Dietrich 1. Vorsitzender, Korn 2. Vorsitzender, Frau Meerbothe Kassierer, Junghans Beisitzer. Der neue Vorstand sowie die Mitglieder brachten dabei zum Ausdruck, nunmehr alle Kräfte anzuspannen, um wieder die gesamte Arbeiterschaft von Döllnitz für die Partei zu gewinnen.

Löbejün. Die Stadtverordnetenversammlung hielt am 22. Januar die erste Sitzung in diesem Jahre ab. Da die Kommunisten von ihrer unsinnigen Taktik abgelassen haben und Kompromisse mit der Sozialdemokratie nicht mehr als fluchwürdiges Verbrechen ansehen, konnte erreicht werden, daß der Vorstand nur aus Angehörigen der Linken gebildet wurde. Zum Vorsteher wurde der Lagerhalter Röber (KPD.), zum Stellvertreter unser Genosse Lauer gewählt. Mit dem Landwirt Kunze wurde ein Geländeaustausch beschlossen, um zum Zwecke der Anlage eines Sportplatzes oder zur Errichtung von Kleinwohnungen den notwendigen Grund und Boden zur Verfügung zu haben. Auf dem Friedhof soll ein Urnenhain errichtet werden. Mit den Stimmen unserer und der kommunistischen Vertreter wurde eine Entschließung angenommen, in welcher gegen die geplante Fürstenabfindung energisch protestiert wird.

Rauendorf. Werbekundgebung für die Republik. Am Sonnabend fand hier ein Werbeabend des Reichsbanners statt. Kamerad Petersdorf (Halle) hielt die Festrede, in der er auch die brennendsten Tagesfragen, wie Fürstenabfindung und Volksentscheid, erörterte. Der lebhafte Beifall der sehr gut besuchten Veranstaltung bewies, daß der Redner allen Teilnehmern aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Abend brachte uns eine große Anzahl neuer Freunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Lakaien melden sich.

Von sozialdemokratischer Seite ist nicht umsonst darauf hingewiesen worden, daß der Kampf um den Volksentscheid in der Fürstenabfindungsfrage gar nicht so leicht sein wird, wie ihn mancher sich denkt. Die deutschnationale und völkische Presse und die ganze große Meute ihrer Ableger, die Provinzzeitungen, werden sich an die Seite der Fürsten stellen und deren Interessen vertreten. Kürzlich erst brachten einige Zeitungen, unter anderen auch das „Wittenberger Tageblatt", einen längeren Artikel, worin nicht etwa nachgewiesen wurde, daß die Fürsten das Volk berauben wollen, sondern das Volk, der Staat, die Fürsten. Und eine kleines Blättchen, der „Deutschnationale Herold", der besonders auch an untere und mittlere Beamte gratis zur Verteilung gelangt, regt sich darüber auf, daß den „angestammten Fürstenhäusern", denen unser Volk so unendlich viel Gutes verdankt (Ach ja!), das „Privatvermögen" genommen werden soll.

Aber auch die „Sangerhäuser Zeitung", deren Chefredakteur manchmal den Versuch macht, etwas aus dem rechtsradikalen Fahrwasser herauszukommen, vergießt über der Möglichkeit, Fürsten sollten in ihrer verschwenderischen Lebensweise beschnitten werden, mehr Tränen als über die Millionen von Opfern, denen Krieg und Inflation schwere Wunden geschlagen hat. Dieses Blatt versteigt sich zu folgender verrückter Betrachtung: „Die Linke hat in der plötzlich aktuell gewordenen Frage der Abfindung der Hohenzollern und anderer Fürstenhäuser Lärm geschlagen; selbstverständlich tritt ihr die andere Richtung entgegen. Wäre es umgekehrt gewesen, hätten starke Gruppen der Rechten gefordert, daß das Vaterland die Hand auf das ehemals von den Fürsten innegehabte Gut lege, um verarmte und verelendete Rentner damit zu unterstützen — eine solche Haltung nationalistischer Kreise wäre durchaus möglich gewesen (? Red. „V."), auch haben Adelskreise oft gegen die Fürsten frondiert (Aber wegen anderer Dinge. Red. „V.") — so hätte die Linke pathetisch im Namen des verletzten Rechtes dagegen protestiert, und die Fürsten wären die Schützlinge der Linken." (!!)

Gegen solche Sätze zu polemisieren, hieße dem Schreiber vorstehender Sätze zu viel Ehre antun. Aber der Mann schreibt gegen Gehalt für einen Zeitungsverleger, der mit den Rechtsparteien bessere Geschäfte zu machen gedenkt als mit der Linken, Artikel. Und diese Artikel werden in ziemlich weiten Kreisen gelesen. Und es gibt nicht nur in Sangerhausen solche Blätter, sondern überall, zu Hunderten, zu Tausenden.

Hier liegt die Gefahr, die sich nur beseitigen läßt, indem jeder einzelne, der den Fürstenraub bekämpft, von Mund zu Mund agitiert, oder, was noch besser ist, der sozialdemokratischen Presse in allen Wohnungen Eingang verschafft, wo noch eine Spur wahrhaften Rechts vorhanden ist. Wollen wir im Volksentscheid siegen, dürfen wir unsere Gegner nicht unterschätzen. Die Zeit ist kurz! Nutzt sie aus! Schafft Aufklärung unter den breiten Massen der Bevölkerung und helft den Fürstenlakaien ihren Einfluß zu rauben!

Sangerhausen. Aus der Gewerkschaftsbewegung. Am vergangenen Freitag trat der neugewählte Ortsausschuß des ADGB. zu seiner ersten Sitzung zusammen. Diese Sitzung wurde mit einigem Interesse erwartet, hatten doch die Kommunisten geweissagt, daß sie in diesem Jahre die Mehrheit erobern würden. Aber alle Mühe war vergebens, sie sind in der schwachen Minderheit geblieben. — Genosse Reich gab den Jahresbericht, der erkennen ließ, daß ein tüchtiges Stück Arbeit im vergangenen Jahr auf gewerkschaftlichem Gebiete geleistet wurde. Der Kassenbericht des Genossen Bloßfeld zeitigte das erfreuliche Ergebnis eines Kassenbestandes von über 200 Mark. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Kommunisten erkannten also das Geleistete kritiklos an. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde einem Vorschlage, den alten Vorstand wiederzuwählen, einstimmig stattgegeben. Lediglich wurde an Stelle des aus dem Ortsausschuß geschiedenen Genossen Raue Genosse Kratz gewählt. Der Vorstand wird unter Zustimmung der Kommunisten nur aus Sozialdemokraten bestehen. Das dürfte darauf schließen lassen, daß die Kommunisten am Orte eingesehen haben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschafter doch die wertvolleren sind. — Ein Bericht des Bibliothekars zeigte, daß in letzter Zeit wieder wertvolle Anschaffungen auf allen Wissensgebieten gemacht wurden. Die regelmäßige Benutzung der Bibliothek ist nur zu empfehlen. — Genosse Reich referierte kurz über die Erwerbslosenfrage. In der Debatte sprach für die Erwerbslosen Kollegen Taube. Er betonte, daß sie durch Verhandlungen mit dem Landrat schon mancherlei erreicht hätten. Für die Unorganisierten treten sie nicht ein. Die Einmischung politischer Parteien in ihre Angelegenheiten lehnten sie ab. Den Arbeitslosen ist nicht damit gedient, wenn junge Leute in den Erwerbslosenversammlungen große „politische" Reden schwingen, wie dies auch kürzlich in Sangerhausen der Fall war. (Gemeint ist hier ein Abgesandter der hallischen [illegible].) Die anwesenden Kommunisten machten bei diesen Ausführungen bedenklich lange Gesichter. Der Kommunist Graßmann ergriff das Wort, um sich, wie üblich, zu blamieren. Genosse Waldmann gab auf sein Geschwafel die gebührende Antwort. — Nach Regelung einiger nebensächlicher Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Sangerhausen. Fleischbeschau bei Hausschlachtungen. Die Polizeiverwaltung gibt bekannt: Gemäß der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 24. Dezember 1925 sind alle Schlachtungen — auch die sogenannten Hausschlachtungen — dem Fleischbeschauzwange unterworfen. Zu diesem Zwecke ist die Stadtgemeinde in zwei Fleischbeschaubezirke eingeteilt, und zwar Bezirk I umfaßt alle Grundstücke nördlich der Gonna, Bezirk II alle Grundstücke südlich der Gonna. Als Fleischbeschauer für den Bezirk I ist der Tierarzt Herr Bertram, Wilhelmstraße 2, und als sein Stellvertreter der Tierarzt Herr Dr. Noltze, für den Bezirk II der Tierarzt Herr Dr. Noltze, Kylischestraße 29, und als sein Stellvertreter der Tierarzt Herr Bertram von uns bestellt worden. Ausgenommen von der Untersuchung sind gewerbliche Schlachtungen, welche nach wie vor der Fleischbeschau durch den Tierarzt Herrn Herbst unterliegen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Gräfenhainichen. Parteiversammlung. In der Hauptversammlung am Sonnabend erstattete der Vorsitzende Genosse Krippendorf den Jahresbericht, dabei die Erfolge erwähnend, die wir bei den Wahlen errungen haben. Der Kassenbestand ist infolge der Wahlen im vergangenen Jahre nur klein, weshalb seit einigen Monaten ein regelmäßiger Extrabeitrag erhoben wird. Auf Antrag des Genossen Thomas wurde eine Kommission gewählt, die bei Angriffen auf unsere Partei und bei sonstigen wichtigen Anlässen in den hiesigen Lokalblättern sowohl wie im „Volksblatt" dazu Stellung nehmen soll. Zu Mitgliedern dieser Kommission wurden bestimmt die Genossen Fueß, Thomas, Mieglitz und Maaß. Der Vorstand wurde in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt.

Gräfenhainichen. Kartellsitzung. Die erste Sitzung im neuen Jahre erledigte zuerst die Vorstandswahl, die folgendes Ergebnis hatte: Münnich (Metallarbeiter) Vorsitzender, Seiler (Bergarbeiter) Kassierer, Froböse (Buchdrucker) Schriftführer, Böhme (Baugewerksbund) und Maaß (Buchdrucker) Beisitzer. Diese Wahlen erfolgten einstimmig, da eine eigentliche Gewerkschaftsopposition am Orte nicht existiert. Eine längere Debatte entwickelte sich über die Betätigung des vom Ortsausschuß ins Leben gerufenen Volksbildungsausschusses. — Angeschlossen sind dem Ortsausschuß 9 Ortsgruppen der Zentralverbände mit 668 Mitgliedern.

Düben. Feuersbrunst. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden gegen 4 Uhr die hiesigen Einwohner wieder einmal aus dem Schlafe durch Feuerlärm geweckt, und zwar brannte es diesmal gleich an zwei Stellen. Zu gleicher Zeit standen die mit großen Getreidevorräten etwa 5 Minuten auseinanderliegenden Scheunen der Landwirte Hermann Koch und Paul Barfuß in hellen Flammen; das gesamte Getreide sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen wurden vernichtet. Der Schaden ist daher enorm. Zweifellos liegt Brandstiftung vor. Für die Erfassung des oder der Täter ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden. Protestiert werden muß gegen den Bericht in der hiesigen Lokalpresse, der kurzerhand die Brandstiftungen mit der Arbeitslosigkeit in Verbindung bringt.

Liebenwerda. Aus der Partei. In der Generalversammlung des Parteivereins erstattete der bisherige Vorsitzende Genosse Falkmeier einen ausführlichen Jahresbericht und würdigte die Arbeit des Ortsvereins in den drei Wahlkämpfen des letzten Jahres. Die Affäre Vogl, die im letzten Jahr im Ortsverein ein Gegenstand ernster Besorgnis gewesen ist, erfuhr eine ausführliche Darstellung. Unter den besonders schwierigen Umständen, unter denen der Ortsverein im letzten Jahre zu leiden hatte, ist der Mitgliederstand etwas zurückgegangen. Der Kassenbericht des Genossen Kühnlenz zeigte dafür einen Ueberschuß in der Ortskasse an. Die Vorstandswahl führte zu folgendem Ergebnis: 1. Vorsitzender M. K. Fitzkow, 2. Vorsitzender Schulz, Kassierer B. Wunsch, Schriftführer H. Zumach. Nach Erledigung aller Wahlen nahm Genosse Dietrich (Falkenberg), der Vorsitzende des Unterbezirks, das Wort zur Berichterstattung über die geleisteten Vorarbeiten zur Herausgabe eine eigenen Kopfblattes für den Unterbezirk. Alle Diskussionsredner sprachen sich anerkennend über diesen Plan der Unterbezirksleitung aus. Der neue Vorstand wird geeignete Maßnahmen treffen, um eine weitmöglichste Verbreitung des neuen Blattes zu erreichen.

Liebenwerda. Reichsbanner. Die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe hat folgenden neuen Vorstand gewählt: Kameradschaftsführer Schulz, Geschäftsführer Fitzkow, Kassierer Haberland. Außerdem wurden sämtliche Gruppenführer neu bestätigt. Die Versammlung nahm die ausführlichen Berichte des Geschäftsführers und des Kassierers entgegen. Der Kassenbestand der Ortsgruppe weist einen erfreulichen Stand auf. Aus dem Bericht des Geschäftsführers ging hervor, daß die Ortsgruppe an zirka 40 Tagen des letzten Jahres Versammlungen, Veranstaltungen veranstaltet oder an Veranstaltungen auswärtiger Ortsgruppen teilgenommen hat.

Liebenwerda. Bestätigung des Landrats. Regierungsrat Roehrig, der bisher kommissarisch mit der Verwaltung des hiesigen Landratsamtes beauftragt war, ist nunmehr endgültig zum Landrat ernannt und bestätigt worden.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 26. Januar 1926.

Gasfernversorgung.

Aus Lauchstädt wird uns geschrieben:

Nachdem in der Stadtverordneten-Versammlung des Bades Lauchstädt entsprechende Beschlüsse über die Einrichtung einer Gasfernversorgung gefaßt worden sind, erscheint es an der Zeit, noch auf die Vorteile, welche sich aus einer derartigen Einrichtung für die Einwohnerschaft ergeben, besonders hinzuweisen. Es muß hierbei vorweg betont werden, daß das Gaswerk der Stadt Merseburg durchaus in der Lage ist, andere Gemeinden mit Gas zu versorgen. Es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß, je größer die Beteiligung seitens anderer Gemeinden ist, desto billiger sich der Bezug des Gases, insbesondere die erstmalige Einrichtung der Zuleitung stellen wird. Hier kämen in der Hauptsache die Gemeinden Knapendorf, Bündorf, Netzschkau, Milzau und Klein-Lauchstädt in Frage. Man kann bei Beurteilung des Für und Wider eines Anschlusses an die Gasfernversorgung unbedenklich damit rechnen, daß Gemeinden, welche eigene Gaswerke besitzen, heute fast überall mit entsprechenden Ueberschüssen rechnen dürfen, die eine wesentliche Entlastung der Steuerzahler herbeiführen.

Welches nun das billigere Projekt ist, wird sich nach eingehender Prüfung der Sache entscheiden. Bei Errichtung einer eigenen Gasanstalt muß von vornherein damit gerechnet werden, daß, abgesehen von der notwendigen Wirtschaftlichkeit, die Stadt allein das Risiko trägt, während es bei der Gasfernversorgung lediglich darauf ankommt, einen für beide Teile günstigen Tarif zum dauernden Bezug von Ferngas zu erzielen. Interessant erscheint in dieser Hinsicht die Tatsache, daß es besonders im Rheinland eine ganze Reihe von Städten gibt, welche ihre eigene Gasanstalt nicht mehr in Betrieb halten, sondern sich der Gasfernversorgung der nahen Großstadt angeschlossen haben, offenbar in der Absicht, hieraus größeren Gewinn erzielen zu können.

Welches sind nun die Vorteile des Gasbezuges für die Einwohner? Da ist in erster Linie die Möglichkeit der praktischeren Ausnutzung des Gases in der Haushaltung zu nennen, als sie beim elektrischen Strom gegeben ist. Es braucht beim Kochgas nicht gefragt zu werden, ob 127 oder 220 Volt, sondern es läßt sich bei Benutzung des Gases jeder gewöhnliche Kochtopf verwenden. In der Küche ist das Gas gegenüber der Herdfeuerung erheblich sauberer und bietet insbesondere im Sommer den Vorteil, daß die Hausfrau nicht noch extra während der Zubereitung der Speisen „einheizen" muß.

Es wäre nun noch zu prüfen, welche Gasfernversorgung in bezug auf die Weite der Entfernung die günstigere ist. Lediglich nach der Entfernung gemessen, wäre Merseburg das günstigere Projekt, da hier nur etwa 12 Kilometer Straße zu überwinden wären. Es liegen an dieser Straße jedoch nur die Ortschaften Knapendorf, Bündorf, Netzschkau, Milzau und Klein-Lauchstädt. Welche von diesen Gemeinden bereit sein würde, sich dem Gasbezug anzuschließen, soll dahingestellt bleiben. Höchstwahrscheinlich kann mit der Abnahme einer größeren Anzahl von Kubikmetern Ferngas aus diesen Orten nicht gerechnet werden, so daß die Hauptlast von Bad Lauchstädt zu übernehmen wäre. Das Bild ändert sich aber, wenn man den Gedanken der Ferngasverbindung nach Halle zu aufgreift. An dieser Straße liegen eine ganze Reihe auch größerer Orte, welche sicher einen wesentlichen Teil der Garantie übernehmen könnten. Dadurch würden die Kosten für die größere Entfernung zwischen Halle und Bad Lauchstädt ausgeglichen. Es soll jedoch nicht den hierüber eingeleiteten Erwägungen vorgegriffen werden, zumal der Herr Landeshauptmann der Provinz Sachsen sich die endgültige Entscheidung über Benutzung von Provinzialstraßen bei Gasfernversorgung vorbehalten hat. Es wäre aber erwünscht, wenn auch von den Gemeinden einmal zu den Fragen Stellung genommen würde, da doch — wie man mit Sicherheit annehmen darf — allerorts der Notwendigkeit der Verbilligung der Haushaltungskosten das Wort geredet wird.

---

* **Der Volkschor Merseburg hielt am vergangenen Sonntag seine 1. Generalversammlung ab. Der Chor zählt 180 aktive Sänger und Sängerinnen und wird auch im kommenden Jahre die Feiern der Arbeiterschaft durch Mitwirkung unterstützen. Zugleich ergeht nochmals der Ruf an alle organisierten Arbeiter, welche Sänger sind, sich dem Volkschor anzuschließen.**

* **Die Februarmiete bleibt unverändert** (84 bzw. 80 Prozent). In der Stadt Merseburg betragen die Sätze 91½ bzw. 87½ Proz.

* **Von der Merseburger Schupo.** Am 28. Januar rückt die für Düsseldorf bestimmte Hundertschaft Schupo von Merseburg ab.

Querfurt. Aus dem Stadtparlament. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde der Stadtv. Castebello, zum Stellvertreter der Stadtv. Ropens, zum Schriftführer der Stadtv. Barnutz und zu dessen Stellvertreter der Stadtv. Ihle gewählt. Die Kommissionen und Deputationen ergaben Wiederwahl. — Die Erwerbslosen sollen außer der Pflichtarbeit noch an einem Tage in der Woche zu Notstandsarbeiten gegen ortsüblichen Tagelohn beschäftigt werden.

Der Spuk von Lindenberg.

Roman von Otfrid von Hanstein.

Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

(Nachdruck verboten.)

51)

„Wie geht es dem Fräulein?"

„Sie ist krank und hütet das Bett."

„Darf ich zu ihr?"

Gerda Frenssen wußte längst, daß Schlüter kein Arzt war, sondern ein Kriminalbeamter.

Sie sah ihm ängstlich entgegen, aber sein Gesicht war voller Güte und Mitleid. Wie elend sie war, die kleine, liebliche Gerda. Matt lag sie in ihrem Bett, ihre frischen Wangen waren bleich und abgehärmt.

„Ein neues Unglück?"

Schlüter nahm ihre Hand. „Ich fahre heute fort und werde einige Zeit fortbleiben."

Sie war traurig. „Sie verlassen Arnold?"

„Im Gegenteil, Fräulein Frenssen, ich möchte Ihnen sagen, daß ich bester Hoffnung reise. Ich glaube bestimmt, daß sich bald alles aufklären wird. Ich komme, um Sie zu bitten: Behalten Sie Mut und Kraft. Daß das Verfahren gegen Sie niedergeschlagen ist, wissen Sie?"

Sie seufzte. „Das war das Geringste. Hätten Sie mich verurteilt — was lag daran, ich wußte ja, daß ich unschuldig bin —"

„Fräulein Frenssen, es ist ein verantwortliches Wort, wenn ich in meiner Eigenschaft Ihnen sage: Ich bin überzeugt, daß auch Amtsrichter Roland unschuldig ist."

Sie richtete sich auf — ein flüchtiges Rot trat in ihre Wangen. „Auch an dem Diebstahl bei Onkel Gugenheim?"

„Ich hoffe, und bitte Sie, hegen Sie diese Hoffnung, bis ich wiederkehre."

„Sie reisen einer Spur nach?"

„Ja."

Sie ergriff seine Hand, und ehe er es verhindern konnte, hatte sie dieselbe geküßt. „Sehen Sie Arnold noch?"

„Ich denke."

„Dann sagen Sie ihm, daß ich ihn liebe, daß ich nie aufgehört habe, ihn zu lieben. Daß ich ihn auch lieben würde, wenn er die Tat begangen, denn ich weiß — auch das wäre nur eine Verirrung gewesen, denn er ist gut."

„Ich werde es ihm sagen."

Landgerichtsrat Hammacher hatte natürlich nichts dagegen, daß Dr. Schlüter noch eine Unterredung unter vier Augen mit dem körperlich und geistig vollkommen niedergebrochenen Amtsrichter Roland hatte. Auf Schlüters Bitte hatte man ihn nicht in die Klinik zurückgebracht, und er lag in einer Lazarettzelle. Staatsanwalt Möllenhof mußte mit der Eröffnung des Hauptverfahrens noch warten.

Auch Roland gegenüber fand Schlüter vorsichtige, tröstende Worte.

Er lag apathisch da. „Und wenn Sie meine Unschuld bewiesen — mein Leben ist vernichtet."

Da brachte ihm Dr. Schlüter die Botschaft von Gerda.

Roland weinte laut auf — und dann küßte auch er in schneller Aufwallung des Doktors Hand.

„Aber —"

„Herr Doktor, noch bin ich zu niedergebrochen, um hoffen zu können — sollte der Tag wirklich kommen, der mich von alledem löst, ich werde es nie vergessen, was Sie mich gelehrt haben: daß man ein energischer Hüter des Rechten sein kann und doch ein Mensch bleiben, mit fühlendem Herzen."

In seltsam weicher Stimmung trat Schlüter aus der Zelle. Es war nicht das erste Mal, daß er solche Worte hörte. Er seufzte unwillkürlich: „Ich wünschte von ganzem Herzen, ich könnte Ihnen helfen."

Wieder rollte das Auto durch das Land. Jefferson lachte. „Das dachten Sie nun wieder nicht, Kollege, daß wir noch einmal so gemütlich und freundschaftlich miteinander fahren würden?"

„Nein, aber ich freue mich von ganzem Herzen."

„Und gemütlicher ist's ohne Gendarmen. — Nebenbei: der Kommerzienrat hat mir einen anscheinend recht angenehmen Frühstückskorb mitgegeben. Verschmähen Sie heute auch?"

„Aber nicht im geringsten!"

Schlüter setzte Jefferson in München ab und fuhr ohne Aufenthalt nach Berlin weiter. Wie gut, daß seine Nerven so dressiert waren, daß er im Auto zu schlafen vermochte.

Geheimrat Wesendenk, der Leiter der Kriminalabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, trat ihm entgegen. „Unglaublicher Mensch!"

„Warum?"

„Das nennen Sie Urlaub?"

„Was wollen Sie — ich bin Sportmann und gehe auf die Jagd."

„Nach Gespenstern, wie mir scheint."

„Schadet nichts, wenn ich sie nur kriege. Uebrigens habe ich nichts dagegen, wenn Sie nachher meinen Urlaub verlängern."

„Wenn's weiter nichts ist —"

„Wo ist denn Oberwachtmeister Schreiber?"

„Ihr getreues Faktotum? Auch auf der Jagd."

„Etwas Interessantes?"

„Sehr — ich erzähle Ihnen später. — Was suchen Sie denn?"

„Will nur im Verbrecheralbum einige Studien machen."

„Gut, und dann werde ich Ihnen berichten. Wir haben jetzt auch Gespenstergeschichten."

Er lachte und ging in sein Bureau, während Schlüter in das Zimmer trat, in dem in einer gewaltigen Bibliothek das Verbrecheralbum aufgestellt war. — Der Beamte, der es führte, begrüßte den Kommissar als alten Freund.

Während Kommissar Landgraf nach Schlüters Angaben das Verbrecheralbum durchsuchte, saß der Doktor mit Geheimrat Wesendenk in dessen Zimmer.

„Also, wo ist Schreiber?"

„Eben unterwegs nach Uelzen."

„Nach Uelzen?"

„Erst vor einer Stunde abgefahren. Wird da heute eine ganz sonderbare Sache gemeldet. In Uelzen ist eine große Jutespinnerei, deren Direktor Witwer ist und sich zurzeit mit seiner einzigen Tochter auf Reisen befindet. Heute früh, wie eben die Kasse der dortigen Reichsbanknebenstelle eröffnet wird, kommt eine verschleierte junge Dame und zeigt einen Taufschein vor, der sie als die Tochter Helene des Direktors Windmüller von der Jutespinnerei legitimiert, und will fünfhunderttausend Mark gegen Quittung ihres Vaters abholen.

Der Kassierer prüft die Unterschrift — alles scheint zu stimmen — schon will er zahlen, da sinkt das Fräulein, das dicht verschleiert war, ohnmächtig um. Man ruft einen Arzt; dieser ist ausgerechnet der Hausarzt des Direktors Windmüller, der außerhalb Uelzen in einer schloßartigen Villa wohnt und in Uelzen fast gar keinen Verkehr unterhält. Wenigstens die Tochter, die bis vor zwei Monaten in einer Pension war, kannte niemand.

Kurz, der Arzt stellte fest, daß das Mädchen, das stark bayerischen Dialekt sprach, gar nicht des Direktors Tochter ist.

Eine Vernehmung des Mädchens ist bei der anhaltenden Ohnmacht nicht möglich. In seiner Ratlosigkeit telephoniert der Kommissar nach Berlin."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0006

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 26. Januar 1926.

Die elektrische Kleinbahn.

Aus Eisleben wird uns geschrieben:

Wie schon bei manchen anderen Tagungen, die wirtschaftspolitische und verkehrstechnische Fragen zur Behandlung hatten, warf man auch in der verflossenen Sitzung des Kreistages des Mansfelder Seekreises die Frage nach der Wiederinbetriebnahme der für das Mansfelder Land so notwendigen elektrischen Kleinbahn auf. Bei der Beantwortung fand Erwähnung, daß die Inbetriebnahme der Bahn bisher scheiterte an dem mangelnden Entgegenkommen der in Frage kommenden Gemeinden, die sich, wie z. B. Helbra, nicht dazu verstehen wollen, die geringen Aufwendungen für Instandhaltungen usw. zu tragen.

So leicht, glauben wir, kann man das schwierige Problem doch nicht lösen. Der Ort Helbra mit seiner nahezu 10 000 Seelen starken Bevölkerung und auch das in seiner nächsten Nähe gelegene stark bevölkerte Benndorf haben sehr wohl ein lebhaftes Interesse an der Hebung des Verkehrs. Die beiden Orte insbesondere haben aber auch, und das kann der Stadt Eisleben wiederum nicht gleichgültig sein, ein Interesse daran, eine schnelle, also wenig zeitraubende und dabei nicht unnötigerweise kostspielige Verbindung nach der Stadt zu erhalten. Wer jetzt mit der „Elektrischen" von Eisleben nach Helbra oder umgekehrt fahren will, muß den zeitraubenden und unnötig teuren Weg durch die Grunddörfer fahren. Wir sind aber doch der Auffassung, daß auch Helbra finanzielle und andere Opfer bringen würde, wenn es die Benutzung der Bahn als zweckdienlich bezeichnen könnte. Das trifft ebenso für Eisleben zu. Aus diesem Grunde wurde, um den Umweg durch die Grunddörfer zu ersparen, der Plan einer

Linienführung durch die „Diebeskammer"

erwogen. Die Grunddörfer sollen dabei durch Pendelverkehr der Hauptlinie verbunden werden. Ein Plan, der den jetzt bestehenden Uebelstand in etwas bessern dürfte. Ob er praktische Gestalt annehmen wird, ist eine Frage der Zukunft.

Die Einwohner Helbras benutzen jetzt als Verbindung nach Eisleben bei einigermaßen erträglichem Wetter den sog. Helbraer Weg, der von der Domäne ausgeht, am Ernstschacht vorüber im Nord-Westteile der Stadt Eisleben mündet. Bei schlechtem Wetter um jetzige Jahreszeit ist dieser Weg kaum oder nur schwer gangbar. Ein Projekt, schon einige Zeit fertig, sieht den Bau einer Straße in ziemlich gerader Linie an Stelle dieses jetzigen Weges vor! Würde dieses Projekt zur Tatsache werden, dann wäre

ein Verkehrsweg erster Klasse geschaffen.

Die ziemlich gerade Linienführung würde auch für den Fußgänger eine Erleichterung bedeuten, Personenautos eine schnelle Fahrt gewährleisten und evtl. auch die Frage einer neuen Linienführung der „Elektrischen" in die Nähe rücken.

Es muß Aufgabe der verantwortlichen Stellen in Helbra und Eisleben sein, den projektierten Gedanken dieser Straße zur Wirklichkeit zu verhelfen. Die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der beiden Gemeinden liegt auf der Hand.

„Der Arbeiter hat in der SPD. nichts zu sagen."

So flötet der „Klassenkampf" täglich, um die sozialdemokratischen Arbeiter vor ihren Parteikarren zu spannen. Wir empfehlen dem Redakteur des „Klassenkampf", der solche Albernheiten schreibt, die Lektüre des nachstehenden, uns aus Hettstedt zugegangenen Berichts, den wir ohne Aenderung wiedergeben:

Hettstedt. Am 24. Januar fand hier die Generalversammlung des Ortsvereins der SPD. statt. Nach Erledigung verschiedener Eingänge und Besprechung derselben, wobei besonders die Handlung des Genossen Gebühr als Vorsitzender der Partei gerügt wurde, daß er, ohne sich mit den Funktionären der Partei in Verbindung zu setzen, kurzerhand einen Aufruf gegen die Fürstenabfindung mit den Kommunisten gemeinsam unterschrieben hätte, ging man zur Wahl des Vorstandes über. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Weiße, zum Stellvertreter Genosse Gustav Weckerlei, zum Kassierer Genosse Schmidt sen., zum Stellvertreter Genosse G. Kolbe, zum Schriftführer Genosse Meinecke, zum Stellvertreter Genosse H. Ermisch gewählt. In die Preßkommission wurden die Genossen Rockmann und Rosenberg bestellt, zu Revisoren die Genossen Dockhorn und Weidlich gewählt. Zur Lokalfrage wurde beschlossen, in dem Lokal weiter zu tagen, wo sich die Partei augenblicklich befindet. Unter Verschiedenes richtete der Genosse Herrmann einen warmen Appell an die Genossen, wenn sie einen Schritt zur Sozialisierung vorwärts tun wollten, sich der Konsumgenossenschaftsbewegung anzuschließen, wer es noch nicht getan hätte, weiter die genossenschaftliche Feuerversicherung für Mobiliar und Gebäude beachten zu wollen und nicht zuletzt bei Abschlüssen von Lebensversicherungen die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge" berücksichtigen zu wollen; denn nur so treibe man praktischen Sozialismus. In vorgerückter Stunde fand die an stürmischen Debatten reiche erste Jahresversammlung ihr Ende.

*

Wir enthalten uns jeder Stellungnahme zu den Vorgängen im Hettstedter Parteiverein. Der „Klassenkampf" möge aber einmal nachweisen, daß in der KPD. es den Mitgliedern auch gelingt, einen „Bonzen" kurzerhand zu beseitigen. Wir gauben, was das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder betrifft, kann unsere Partei mit der KPD. noch in die Schranken treten.

Schweres Automobilunglück.

Ein Lastkraftwagen der Harz-Kraftfahrzeuglinien der Ostharzbahnen kam am Sonntagmorgen auf der Chaussee Siersleben—Eisleben, die ziemlich starkes Gefälle hat und infolge des Wetters stark vereist war, ins Schleudern. An einer Kurve wurde der Wagen nach links gedrückt und stürzte dann den ziemlich steilen Abhang der Straße etwa 8 Meter herab, wobei er sich mehrfach überschlug. Von den sechs Fahrgästen war die 60jährige Frau Janson aus Annarode sofort tot, ihr 20jähriger Sohn und ein zweiter Fahrgast, sowie der Fahrer wurden schwer verletzt.

Gerbstedt. Unglücksfall. Durch niedergehendes Gestein verunglückte am Freitagmorgen auf dem Paulschacht der Häuer Genosse Max Schöne. Er wurde im schwerverletzten Zustande dem Hettstedter Knappschaftskrankenhaus zugeführt. Genosse Schöne war Mitgründer der Ortsgruppe Gerbstedt der Sozialdemokratischen Partei.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, den 27. Januar.

4 bis 5 Uhr: Nachmittagskonzert. 5 bis 6 Uhr: Kindertheater. 6.45 bis 7 Uhr: Funkbastelstunde. 7 bis 7.30 Uhr: Theo Mayer: „Die Feuerbestattung." 7.30 bis 8 Uhr: Prof. Dr. Witkowski (Leipzig): „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." 8.15 Uhr: „Preciosa". Schauspiel von Pius Alexander Wolff. Musik von Carl Maria von Weber. Personen: Don Franzisco de Carcamo. Don Alonzo, sein Sohn. Don Fernando de Azevedo. Donna Clara, seine Gattin. Don Eugenio, beider Sohn. Don Contreras. Donna Petronella. Der Zigeunerhauptmann. Viarda, die Zigeunermutter. Preciosa. Lorenz, Zigeuner. Petro, ein Schloßvogt. Fabion, ein Gastwirt. Die Szene spielt an verschiedenen Orten in Spanien. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Gewerkschaftliches.

Grützners „Hungererlaß".

Auf die Auslegung kommt es an.

In dem Bericht über die Gewerkschaftskonferenz in Halle haben wir in der gestrigen Nummer bereits auf die Ausführungen des Genossen Dietrich (Zeitz) hingewiesen, der sich zu dem Bericht des „Klassenkampf" über eine Aussprache einer Zeitzer Delegation der Erwerbslosenvertreter mit dem Regierungspräsidenten Grützner äußerte. Wie schon erwähnt, enthielt dieser Bericht des „Klassenkampf" äußerst gehässige Angriffe gegen den Regierungspräsidenten, und es wurde gefordert, daß ein Massensturm gegen diesen „Hungererlaß" Grützners entfesselt werden müßte. Wenn die SPD.-Arbeiter ihren Willen, daß Grützner aus der SPD. ausgeschlossen werde, nicht durchzusetzen vermögen, dann sollten sie überzeugt davon sein, daß sie in der SPD. gar nichts mehr zu sagen haben, fügte der „Klassenkampf" hinzu.

Aus dem Protokoll, das über die Besprechung beim Regierungspräsidenten niedergelegt worden ist und das Genosse Dietrich am Sonntag wörtlich verlas, geht hervor, daß es sich gar nicht um einen „Hungererlaß" des Genossen Grützner handelt, sondern um eine Erinnerung an eine seit dem Jahre 1923 bestehende Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt. Der Regierungspräsident habe betont, daß er diese Erinnerung nicht zurücknehmen könne, da sich Mißstände bei dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung herausgebildet hätten, so daß ihm früher zahlreiche Beschwerden, selbst aus den Kreisen der Erwerbslosen, darüber zugegangen waren. Er verstehe zwar, daß manchen Gemeinden diese Erinnerung sehr gelegen kam, sie konnten sich dadurch von Sonderunterstützungen drücken. Sie legen aber seine Verfügung falsch aus, u. a. auch Merseburg und Halle. In Bausch und Bogen könne nichts gegeben werden, es müsse die individuelle Prüfung einsetzen. Diese soll aber nicht kleinlich sein. Wenn die Gemeinden leistungsfähig sind, können sie sehr weitherzig verfahren. Er wisse, daß die Not bei den Erwerbslosen groß ist. Wenn zum Beispiel 1924 bei 50 Prozent der Erwerbslosen eine besondere Notlage bestand, so sei das heute bei 99 Prozent der Fall. Daher sollten die Gemeinden auch bei der Prüfung der Unterstützungsanträge sehr weitherzig verfahren. Einer Sonderunterstützung stehe dann nichts im Wege.

Auf eine Frage der Delegation, ob es zulässig war, vor Weihnachten einen Vorschuß in Höhe einer Wochenunterstützung, der ratenweise zurückgezahlt werden soll, an die Erwerbslosen auszuzahlen, erklärte der Präsident, daß dies wohl möglich war, aber im Falle der Nichtrückzahlung würde die betreffende Gemeinde verantwortlich gemacht werden.

Auch an Erwerbslose unter 18 Jahre, so erklärte der Regierungspräsident, können Sonderzuwendungen gemacht werden, wenn diese bei ihren Eltern wohnen und der Vater selbst erwerbslos ist. Fahrgeldentschädigungen und sonstige Unkosten, die den Erwerbslosen bei der Abholung ihrer Unterstützungen aus entlegeen Orten entstehen, müssen vergütet werden und rechnen nicht zu den Sonderunterstützungen. Auch in solchen Fällen, wo Erwerbslose ein kleines Anwesen haben, oder die Eltern des Erwerbslosen Besitzer sind, könne unter Umständen Bedürftigkeit gegeben sein, zum Beispiel wenn die Häuser verschuldet und belastet sind.

Der Regierungspräsident fügte hinzu, daß die Unterstützung und Unterhaltspflicht seitens der Gemeinden vielfach zu eng ausgelegt werde. Er bat, darum, Beschwerden, wenn sie von der Gemeinde nicht beachtet werden, von jetzt an ihm persönlich zuzustellen.

Man mag sich zu der Erinnerung des Regierungspräsidenten stellen wie man will, aus dem Protokoll, an dessen Richtigkeit zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, geht hervor, daß der wütende Kampf des „Klassenkampf" gegen den Regierungspräsidenten nicht am Platze ist. Warum kämpf der „Klassenkampf" nicht gegen den Minister für Volkswohlfahrt, der die betreffende Verfügung erlassen hat? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten: Der Volkswohlfahrtsminister ist kein Sozialdemokrat, dem „Klassenkampf" ist es weniger darum zu tun, den notleidenden Erwerbslosen zu helfen, als der Sozialdemokratischen Partei eins auszuwischen, deren Mitglied als Regierungsbeamter verpflichtet ist, Anordnungen des Ministers Nachdruck zu verleihen. Wäre Grützner Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, zu der er nach Ansicht des „Klassenkampf" gehört, dann würde letzterer nicht diesen Aufwand an Druckerschwärze machen, um gegen einen „Hungererlaß" Stellung zu nehmen, der in Wirklichkeit gar nicht besteht.

Gewerkschaftsmitglieder!

Donnerstag, den 28., u. Freitag, den 29. Januar, kommt im großen Saal des „Volkspark" der berühmte Film von der

1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt am Main

Die neue Großmacht

zur Aufführung. Wir empfehlen ebenfalls der Arbeiterschaft den Besuch dieses Films, denn er zeigt ihr den glänzenden Erfolg eines Zweiges der Arbeiterbewegung.

Die Aufführungen finden an beiden Tagen nachmittags 4 Uhr für Kinder und abends 8 Uhr für Erwachsene statt. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 25 Pfg., für Erwachsene im Vorverkauf 60 Pfg., an der Kasse 70 Pfg.

Ortsausschuß des ADGB. Halle a. S.

Die Einheitsfront in Theorie und Praxis.

In der Gewerkschaftskonferenz, die am Sonntag in Halle stattfand, war es interessant, zu beobachten, wie die von der Opposition vorgeschickten Redner sich zur Frage der Einheitsfront stellten. Bei Lüttich sowohl wie bei Brünner (Zimmererverband, Halle) und Mückenheim (Bergarbeiter, Oberröblingen) konnte man den Vorwurf heraushören, der ADGB. sabotiere die Einheitsfront. Dabei brachten sowohl Lüttich wie Brünner eine besondere Entschließung ein, trotzdem eine solche bereits vorlag, die denn auch mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Große Heiterkeit erregte es, als Brünner nach Verlesung von zwei Sätzen seiner Entschließung erklärte, er brauche diese wohl nicht ganz zu verlesen. Mückenheim nahm deshalb Veranlassung, sich über das Gelächter zu beschweren, denn damit beweise die Versammlung, daß sie fanatisiert sei. So empfindlich sind Leute, die vielleicht früher nichts dagegen hatten, wenn nichtkommunistisch eingestellte Redner in Versammlungen einfach niedergeschrien wurden.

Lüttich verlangte „gewerkschaftliche Organisationen im internationalen Maßstabe". Das sagt ein Mann, der berufen ist, eine größere Organisation zu leiten (DMV. in Halle), und der nicht zu wissen scheint, daß in der Amsterdamer Internationale die Gewerkschaften international vereinigt sind. Wenn er sich aber nur falsch ausgedrückt haben sollte und gemeint hat, daß eine Vereinigung mit den russischen Gewerkschaften und der Roten Gewerkschaftsinternationale herbeigeführt werden solle, so hat ihm schon der Genosse Ernst Schulze geantwortet, daß die Tore weit offen stehen. Aber wer die Rede Losowskis, des Führers der Roten Gewerkschaftsinternationale, liest, die wir am Montag veröffentlichten, der wird die Empfindung haben, daß von dort die Einigung gar nicht gewünscht wird. Aber die Geschichte wird über Losowski und seine Internationale zur Tagesordnung übergehen und über kurz oder lang wird sich das Band der Einheit durch die Amsterdamer Internationale um alle Gewerkschaften schlingen. Dahin zu wirken, werden auch der ADGB. und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften immer als ihre Aufgabe betrachten.

Bankrott der Firma Steitz u. Bandermann.

Im „Klassenkampf" veröffentlicht der Vorstand des Verbandes der „ausgeschlossenen" Bauarbeiter (gez. Alfred Bandermann) am Montag einen Aufruf, worin die Mitglieder dieses Verbandes aufgefordert werden, ihre Bücher vom Bureau abzuholen, da dieses am Sonnabend, dem 30. Januar 1926, geschlossen „und dann alle Ansprüche und sonstige Angelegenheiten mit diesem Zeitpunkt erledigt" sind. Damit ist der Schlußstrich gesetzt unter eine Zersplitterung, die seit nahezu zwei Jahren in der hallischen Bauarbeiterbewegung die Gemüter erhitzt hat.

Am 4. April 1924 hatte der Baugewerksbund in Halle seine Generalversammlung, wo man die beiden Geschäftsführer Brauns und Hübner zur Disposition stellte, weil sie sich weigerten, die Gewerkschaft nach den Weisungen der Kommunistischen Partei zu leiten, trotzdem beide damals noch der KPD. angehörten. Dieser Beschluß wurde vom Hauptvorstand, der einen Vertreter zur Generalversammlung entsandt hatte, inhibiert. Die neugewählte kommunistische Ortsverwaltung setzte sich aber darüber hinweg und führte die Geschäfte unter Benutzung des Namens des Baugewerksbundes (Hallische Baugewerkschaft) weiter. Die Führung dieses Namens wurde durch gerichtliche Verfügung untersagt und 9 Mitglieder, die einen Aufruf zur Gründung eines Industrieverbandes unterzeichnet hatten, aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen. Etwa die Hälfte der Baugewerksbundesmitglieder erklärten sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch und traten aus dem Baugewerksbund aus. Sie schlossen sich zunächst der Industrieorganisation an, um dann einige Wochen später einen eigenen Laden unter der Firma „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter" aufzumachen, obgleich, wie gesagt, bis auf einige Ausnahmen niemand aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen war. Man nannte die neue Organisation deshalb auch spöttisch den „Verband der Ausgerissenen", welche Bezeichnung entschieden richtiger war. Die Führer dieses Verbandes waren neben anderen Steitz und Bandermann.

In anderen Orten des Deutschen Reiches waren ähnliche Absplitterungen erfolgt, und die „Ausgeschlossenen" schlossen sich dann zu einem Reichsverband zusammen, der aber mit seinen wenigen tausend Mitgliedern es zu keiner Bedeutung bringen konnte. Der im vorigen Herbst tagende Reichskongreß dieses Verbandes, seine Einflußlosigkeit erkennend, beschloß dann die Wiedervereinigung mit dem Baugewerksbund, und der Bezirksverein Halle hat am 6. Januar 1926 diesem Beschluß zugestimmt.

Die Wiedervereinigung wird sich nun nicht ganz reibungslos vollziehen, denn mit dem Begräbnis ihrer Organisation haben verschiedene Mitglieder der „Ausgeschlossenen" ihren Willen, im Baugewerksbund kommunistische Zellenarbeit zu leisten, nicht aufgegeben. Der Baugewerksbund will sich aber gegen das Wiedereindringen zersetzender Elemente schützen und hat deshalb Vorsichtsmaßnahmen bei der Wiederaufnahme getroffen. Das mag manchem nicht recht sein, ist aber zwecks Herbeiführung einer praktischen und erfolgsicheren Gewerkschaftsarbeit nötig. Die Baugewerkschaft, die Filiale des Baugewerksbundes in Halle, hat trotz der Zersplitterung sich während der zwei Jahre so gut entwickelt, daß sie in der Lage ist, ihre Bedingungen stellen zu können. Wer also gewillt ist, gesunde Gewerkschaftsarbeit zu leisten, wird willkommen sein.

Einheitsbeitrag für die Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der neu erlassenen Verordnung über den Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reichsgebiet einheitlich zu bemessen.

Von dieser Befugnis hat der vom Verwaltungsrat gebildete Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge in seiner Sitzung vom 25. Januar Gebrauch gemacht und den einheitlichen Betrag mit Wirkung vom 1. Februar an bis auf weiteres auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt.

Hiervon ist 1 Prozent des Grundlohns als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. — Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Die hartnäckige Reichsbahnverwaltung.

Der am 29. Dezember gefällte Schiedsspruch für die Eisenbahner ist seit dem 16. Januar vom Reichsarbeitsminister für gültig erklärt worden. Trotzdem hat sich die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu der Durchführung des Schiedsspruchs noch nicht geäußert, obwohl die Organisationen durch einen schriftlichen Antrag bei ihr vorstellig geworden sind. Infolgedessen haben sich die Organisationen der Eisenbahner unter dem 25. Januar in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister gewandt und ihm ihre Auffassung dahin mitgeteilt, daß die vertragschließenden Organisationen durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch das Tarifverhältnis mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft wieder vollinhaltlich hergestellt betrachten.

Das Verhalten der Reichsbahnverwaltung spottet jeder Beschreibung. Soweit der Schiedsspruch den Arbeitern Verschlechterungen bringt, führt sie ihn durch; im übrigen schweigt sie sich aus. Diese reaktionäre Einstellung ist um so verwerflicher, als die Reichs-, Staats-, Wasserbau- und Postarbeiter wegen des Verhaltens der Reichsbahn auf die bereits von ihren Behörden zugestandenen Lohnerhöhungen ebenfalls warten müssen; denn diese Behörden verschanzen sich mit der Durchführung ihrer Zugeständnisse hinter der Reichsbahnverwaltung. Wie lange gedenkt sich der Reichsarbeitsminister noch von der Reichsbahnverwaltung auf der Nase herumtanzen zu lassen?

Die Tarifbewegung im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien das Bankgewerbes zu einer nochmaligen Besprechung über die Tariflage zum Donnerstag ins Reichsarbeitsministerium geladen.

Die Gewerkschaften im Rundfunk. Am Montagmittag sprach der Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Dr. Meyer (Düsseldorf) durch den Dortmunder Sender über „Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft". Dieser Vortrag erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß er der erste ist, den ein offizieller Vertreter der Arbeiterschaft im Rundfunk hält. Das ist den Bemühungen des Arbeiter-Radio-Klubs zu verdanken.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hergig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Spülapparate, Irrigateure, sanitäre Artikel Gummi-Bieder, Große Steinstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Frauenbewegung im alten Rom.

Den Frauen des Altertums war die Beschäftigung mit der Politik durchaus nicht fremd. Unter den Wandinschriften, die sich im Pompeji fanden, lesen wir: „Agna bittet" oder „Caprasia bittet" (den und den zu wählen), aber auch „Iphigenie wählt . . . den und den" und „Caprasia wählt . . ." Offenbar handelt es sich hier um Wahlbeeinflussung durch hervorragende Frauen. Diese römischen Frauen nahmen den lebhaftesten Anteil am Ergehen ihrer Gemeinde, wie sie sich auch als — — Kapitalistinnen ganz merkwürdig betätigten. Sie kauften und verkauften durch einen Geschäftsführer Fabriken und Grundstücke, spekulierten und treiben Geschäfte aller Art. So rührt in dem jetzt wiederausgegrabenen Pompeji eine der größten gemeinnützigen Anlagen, die dem Geschäftsverkehr diente, von der Priesterin Eumachia her. Das bezeugte die Inschrift auf der 40 Meter breiten Front des Gebäudes. Und vermutlich war es die Priesterin Mamia, welche den Augustustempel am Forum gestiftet hatte. Die Frauen müssen also über große Kapitalien verfügt haben.

Die römischen Frauen ließen sich aber auch die Vertretung ihrer Interessen in keiner Weise nehmen. In die Vorstände der großen Begräbnisgilden konnten sie auch schon damals gewählt werden, aber sie bildeten sogar politische Vereine zur Förderung der besonderen Fraueninteressen. Wie energisch sie das taten, beweist der folgende, von den römischen Historikern verbürgte Vorgang: Die jungen Römer mußten an den Sitzungen des Senats teilnehmen, um dort in die staatsbürgerliche Arbeit eingeführt zu werden. Einer von ihnen wird nachher von seiner Mutter gefragt, was es denn im Senat gegeben habe. Der Junge versucht zunächst, sich hinter das ihm auferlegte Schweigen zu verstecken. Schließlich aber muß er der Neugier der Mutter weichen. Da er aber nicht die Wahrheit sagen will, lügt er ihr vor, man habe darüber verhandelt, ob es besser sei, wenn ein Mann zwei Frauen habe oder eine Frau zwei Männer. Die Mutter weiß nichts Eiligeres zu tun, als in ihrer Aufregung die Geschichte ihren Mitbürgerinnen zuzutragen. Sie rotten sich zusammen, und in der nächsten Senatssitzung erscheint eine Prozession der Frauen, um zu fordern, daß eine Frau zwei Männer haben dürfe, aber nicht umgekehrt. Man kann sich die Heiterkeit der Herren vom Senat denken. Zugleich erkennen wir aber auch, wie die Frauen sich zusammenschlossen, wenn es galt, ihre Interessen zu vertreten. Als der strenge Cato durch ein Gesetz den übergroßen Luxus der Frauen unterbinden wollte, da war die Agitation der Frauen so groß, daß der Gesetzentwurf zu Fall kam.

In der späteren Kaiserzeit hatten die Matronen sogar einen regelrechten Frauensenat gebildet. Solche Frauenvereine hatte man zunächst aus religiösen Absichten organisiert, wenigstens wird ein solcher einmal von Livius erwähnt. Später aber scheinen die religiösen Angelegenheiten ganz zurückgetreten zu sein. Es muß in den Sitzungen oft recht temperamentvoll zugegangen sein, denn die Mutter des Kaisers Nero hat dort einmal Prügel erhalten, weil sie eine andere Frau sehr heftig angegriffen hatte. Genauere Einzelheiten sind ja über diese Frauenvereine nicht bekannt, aber man kann aus gewissen Mitteilungen schließen, daß z. B. die Kaiserinnen den Frauenvereinen gewisse Schenkungen und Stiftungen machten. So haben sich auf dem Forum des Kaisers Trajan Inschriften gefunden, wonach „die Kaiserin Sabina" einen für die Frauen bestimmten Raum gestiftet habe, und die gleiche Inschrift sagt, daß der gleiche Raum von der späteren Kaiserin Julia wiederhergestellt worden sei. Auch in Neapel gab es solche Frauenvereine, und hier besaßen die Frauen sogar ein eigenes Versammlungslokal.

Dr. M.

Die Londoner Eva.

Aus London wird uns berichtet:

Bei den kürzlich vorgenommenen Ausgrabungen in der Leadenhallstreet, in der Nähe der Londoner Bank, hat man die Ueberbleibsel einer versteinerten Frauengestalt zutage gefördert und in einem Glaskasten der Londoner Universität untergebracht.

Die Zusammenlegung des Skeletts und die genaue Untersuchung desselben erfolgte durch den Anthropologen Professor Elliot Smith, der behauptet, in der Lage zu sein, die Geschichte dieser Frau zu einem guten Teile feststellen zu können. Das Skelett wurde 30 Fuß unter der Oberfläche in einer aus der Steinzeit stammenden Kieslage gefunden. Die Schädeldecke ist durch Arbeiter gespalten worden, jedoch hat man aus den vorhandenen Fragmenten zwei Drittel des Gehirnkastens entdeckt. Nach Professor Smith hat die Frau ein Alter von 40 bis 50 Jahren erreicht. Nach seinen Feststellungen zu urteilen, muß die Frau vor etwa 15 000 bis 20 000 Jahren gelebt haben. Jedoch beruht diese Berechnung auf einer unkontrollierbaren Kalkulation, die auch verkehrt sein kann. Auf alle Fälle soll es sich hier um das älteste, bis jetzt aufgefundene Londoner Skelett handeln und der Professor ist überzeugt, daß dieses bis jetzt das älteste aufgefundene (Londoner) weibliche Skelett ist. Alle bisher ausgegrabenen Fossilien entstammen einem viel jüngeren Zeitalter, so beispielsweise der älteste Londoner Mann aus der neueren Steinzeit (neolithischen Periode).

Nach den Untersuchungen des Gehirnkastens muß die Frau schon die Sprache gekannt haben, jedoch soll das Gesicht sehr grob gewesen sein und mit einer schnauzartigen Nase verunziert. Die Entwicklung des Gehirns muß auf primitivster Stufenleiter gestanden haben, primitiver als bei den ausgegrabenen Urbewohnern Australiens.

Der Fundort soll nicht der ursprüngliche Ruheort des Skeletts gewesen sein. Die Themse kann es hierher gespült haben, als der Strom noch viel breiter war. Die Frau muß dem Geschlecht der Höhlenbewohner angehören, wo man noch keinen Ackerbau betrieb. Auch waren Töpferei und Metall noch unbekannte Dinge. Man lebte damals in London nur von der Jagd.

Primadonna Melba.

Die berühmte australische Primadonna, die erst kürzlich ihren Entschluß kundgab, vom Künstlerleben zurückzutreten, hat nun in London ihre Memoiren erscheinen lassen. In ihrem Buche „Melodies und Memoires" erzählt Dame Nelli Melba (Dame ist ein englischer Titel) eine Reihe anmutiger Anekdoten über ihren Entwicklungsgang als Künstlerin. Als unbekannte Mrs. Armstrong kam sie im Jahre 1886 nach London, wo der große englische Komponist und Dirigent Sullivan ihr sagte, daß sie „vielleicht mal etwas werden könne." Er versprach ihr unter Umständen eine kleine Rolle geben zu wollen, „wenn sie noch ein Jahr fleißig studiere". Ihr erstes Auftreten fand nicht in London, sondern in Brüssel statt, wo sie einen großen Triumph errang. 1888 kam sie dann zurück nach London, um im „Covent Garden" aufzutreten. Ihren Einzug schildert die Melba wie folgt: „Covent Garden — mein geliebtes Covent Garden. Wie werde ich es vergessen, wie ich dich vor 37 Jahren im goldenen Sonnenschein erblickte. Ich ging zum Theater über den Markt, und wie ich so über die umhergestreuten Gemüseabfälle, Obstreste und Stroh dahinschritt und vor der Theatertüre ankam, da blieb ich unwillkürlich stehen und sagte vor mich hin: aber das ist doch sicherlich nicht das Theater? Auch, nachdem ich mich beim Theaterbeamten erkundigt hatte, glaubte ich mich immer noch in einer großen Markthalle zu befinden." Covent Garden ist in der Tat nicht nur die Londoner Oper, sondern auch die große Markthalle, wo alltäglich Riesenhandel mit Gemüse, Obst, Blumen betrieben wird. Der Fremde steht vor einem Labyrinth, wenn er am Morgen in diesem Durcheinander den Eingang zur Oper finden will.

Von ihrer Begegnung mit Lord Kitchener in Melbourne, wo dieser General Gouverneur war, erzählt die Primadonna in einem Vorfall nach dem Diner im Regierungshaus: „Kitchener und sein Gefolge suchten mich in einem Nebenzimmer des Speisesaales auf und machten eine Bewegung, als ob sie alle in die Knie sinken wollten. Ich lachte und sagte, ich weiß, was ihr wollt, aber ich bin nicht aufgelegt. Kitchener blickte mir staunen in die Augen und sagte: „Madame Melba, ich bin seit acht Jahren ein Verbannter. Wollen Sie mir nicht den Gefallen tun und eine Strophe von der „süßen Heimat" singen?" — Kitchener, der Mann mit dem Wachsgesicht, der nie lachte und ein großer Weiberfeind war, war von der Melba so hingerissen, daß er eine Kniebeuge machen wollte.

Auch von Charlie Chaplin weiß die Primadonna zu erzählen. Diesen hatte sie sich als eine groteske häßliche Figur vorgestellt. „In Wirklichkeit trat mir ein hübscher und lächelnder junger Mann entgegen. Klein, aber von perfekter Machart, mit glühenden Augen und wundervollen Zähnen. Einfach und schön gekleidet, hat er eine tiefe melodische Stimme, die eher einem Schuljungen gleicht, als einem herumfliegenden Komödianten. Chaplin hat nur einen Herzenswunsch: er möchte gern Hamlet spielen. Charlie als Hamlet auf der Leinwand, das gäbe einen Schlager."

Ich kniete vor dieser Mutter.

Eine Dezember-Studie von Peter Landin.

Es war eine kalte Dezembernacht. Ein eisig-trockener Wind fuhr die schlecht erleuchteten Gassen hinab.

Wir frören in unseren pelzgefütterten Mänteln.

Weshalb mußten wir auch hier zwischen Schutt und Geröll herumlaufen? Ich fröstelte und wickelte den Schal fester. Spitze Steine stießen durch die Lackschuhe. Ich hätte des Konsuls Einladung nicht annehmen sollen. Es war bekannt, daß er wilden Ausschweifungen fröhnte. Ein Herrenabend bei ihm endete gewöhnlich mit einer nächtlichen Streife.

Ein Eisl kroch an mir herauf. Merkten diese Menschen nicht, daß sie mit ihrem tierischen Kitzel sich bis zur Verachtung erniedrigten?

An einer Straßenecke blieb ich stehen. Ich wollte nicht mehr mit. Die andern lachten laut. „Pah, er geht unter die Sittenapostel. Viel Vergnügen, Herr Doktor. Aber vielleicht überlegen Sie es sich, wir sind im „Affen" zu finden." Sie schwankten heiser spottend davon.

Langsam ging ich durch die hoffnungslose Nacht.

Da wäre ich fast gestolpert. Ich strich ein Streichholz an. Ein dunkles Bündel lag am Boden. Es mußte ein Hund sein.

Aber dann fuhr ich zurück. Ein Mensch lag auf jämmriger Straße in kalter Dezembernacht. Ich trat näher, tastete behutsam. Da erhielt ich einen Schlag an mein rechtes Bein und eine widerliche Stimme herrschte mich an: „Laß mich doch schlafen, du Lump."

Ein Grauen überfiel mich. Ich wagte nicht mehr, etwas zu tun. Es war entsetzlich: ein Mensch wollte in dieser Nacht auf lieblosem, kaltem Boden nicht gestört werden im Schlafe.

Ich schlich mich vorüber. Die Straße war so eng, daß man sich zwischen den dunkel-drohenden Häusern hindurchzwängen mußte. Mir war es, als ob ich trauriges Kinderweinen hörte.

Mein Fuß stieß an eine Katze, die schmerzerschreckt aufwimmerte. Eine zerbrochene Gaslaterne taumelte im Wind und ließ die Häuser wie verzerrte Silhouetten gegen den Himmel tanzen.

Aus einem Steinkasten scholl wüstes Geschrei und wütendes Poltern dröhnte an gelockerte Mauern.

Plötzlich blinkten Messer. Ein dumpfes Röcheln. Ich drückte mich in eine Tür. Dunkle Gestalten rannten die Straße hinunter. Etwas Helles rann über die Steine. Ein Mord?

Ich ging weiter. Ich spürte in mir eine merkwürdige Neugierde, tiefer in diese Straße, in die Geheimnisse dieser hoffnungslosen Nacht einzudringen. Man schritt wie durch eine unendliche Trostlosigkeit. Das Pflaster war so brüchig, daß die Schritte nicht einmal widerhallten.

Und dann stand ich vor dem „Affen".

Ein tolles Gekreisch empfing mich. Schmierige Schirmlampen beleuchteten von Trunk und Gier verzerrte Menschen. Es roch nach Schnaps und billigem Parfüm.

Zigarettenrauch beizte die Augen. Unter Johlen und Flüchen tanzten sie. Der Konsul lag betrunken in einer Ecke. Auf seinen Knien reckelten sich zwei geschminkte Weiber.

Ein sarkastisches Lächeln schlich um meinen Mund. Am liebsten hätte ich teuflisch gelacht.

Aber das Lachen erstarb mir in der Kehle. Die Augen dieser Dirnen hatten im letzten etwas, das mich erschütterte.

Sie waren wie verschüttet und in den Winkeln war ein armseliges Flackern. Unbemerkt ging ich hinaus.

An der Tür stand eine schwarzgekleidete junge Frau und sah mich an.

„Sollte ich? Nein."

Schnell schritt ich weiter.

Doch dann blieb ich mitten auf der Straße stehen. Diese Frau war schön. Trotz der Schlankheit schwer. Mich kam ein Erbarmen an. Ich ging wieder zurück.

Sie stand noch und sah mich an, aus müden, bittenden Augen.

Ich nahm sie mit. Sie folgte mechanisch, mit einem Gang, der das Pflaster nicht fühlte.

Diese Frau kam nicht aus dem Schlamm. Nein, gewiß nicht.

Und doch hatte sie an der Tür zum „Affen" gewartet?

Unterwegs traf ich ein Auto. Sie saß teilnahmslos im Wagen, mit weitgeöffneten Augen, in denen Leere stand.

Als wir in meine Wohnung kamen, schien sie die Gegenwart zu begreifen. Ein trockenes Schluchzen schüttelte sie. Auf den Knien flehte sie mich an, sie gehen zu lassen.

Ich beruhigte sie. Nur etwas Wärme und Essen sollte sie haben. Ich fühlte ein grenzenloses Mitleid mit dieser trostlosen Hoffnungslosigkeit.

Sie stammelte, „das Kind, es hatte so Hunger, ich konnte seit Wochen keine Arbeit finden, und es hatte solchen Hunger und da . . ."

Sie schlug die Hände vors Gesicht.

Ich konnte nicht sprechen. Ich kniete vor dieser Mutter, nahm ihre Hände und küßte sie.

Der moderne Don Jose und die aussätzige Carmen.

Die „Pravda" meldet folgenden tragischen Vorfall, der sich vor kurzem in Rußland abgespielt hat. In der Lepra-Kolonie „Krivoje Rutschji" war ein kubanischer Arzt namens Don José Rapillado tätig. Er verliebte sich in die Krankenschwester Prokowjewa, die selbst aussätzig war, und erstach sie in einem Anfall wilder Eifersucht. Mit dem Messer, mit dem er die Geliebte getötet hatte, brachte er sich dann selbst eine Wunde bei und infizierte sich so gleichfalls mit Lepra. Der kubanische Konsul in Deutschland erfuhr von dem fürchterlichen Drama und ersuchte die Sowjetregierung, den Arzt in seine Heimat zu befördern. Die Ueberführung war aber sehr schwer, da der Kranke dauernd Tobsuchtsanfälle hatte. Im letzten Augenblick haben dann die Hamburger Behörden die Einreise des Aussätzigen nicht gestattet.

Eine hoffnungslose Sache.

Der kleine fünfjährige Johann sitzt mit seiner Mutter am Tisch und beobachtet seine neben ihm sitzende siebenjährige Schwester, die ihre Aufgaben macht.

„Ja, mein lieber Johann", sagte die Mutter, „nun kommt bald die Zeit, wo auch du zur Schule gehen mußt."

„O nein", sagte dieser, „ich gehe überhaupt nicht in die Schule."

„So, warum denn nicht?"

„Ich weiß doch nicht, wie ich lesen und schreiben soll."

Wie ist die Frau?

Ist die Frau heutzutage schlechter als der Mann? Darüber hat eine schwedische Zeitung eine Umfrage veranstaltet. Unter anderem hat auch Hasse Zetterström, der in Deutschland wohlbekannte Humorist, geantwortet. Er schreibt:

Die Frau ist nicht schlechter als der Mann. Sie ist ebenso schlecht. Grand Hotel Royal, Jazzband, 3 Uhr morgens.

Die Frau ist nicht schlechter als der Mann. Sie ist ebenso gut. Packsaum der Heilsarmee für Weihnachtsgaben an die Armen, an einem Arbeitstag.

Die Männer büßen für die kurzen Damenröcke. Da es offenbar mit der Autorität der Gesetze beim schönen Geschlecht in Griechenland nicht zum besten bestellt ist, ist man dazu übergegangen, Väter und Gatten für die Sünden der Töchter und Frauen verantwortlich zu machen, die gegen die viel erwähnte Kleiderverordnung verstoßen. Die Polizei hat zwei weibliche Sonderkommissare bestellt, die mit Argusaugen über die Länge der Röcke wachen. Die Dummen dabei sind natürlich, wie immer, die Männer, denen bei zu kurzen Röcken ihrer Angehörigen gesalzene Strafbefehle ins Haus geschickt werden.

Traugebühren nach dem Wert der Braut.

Ein Schotte, der in den Stand der Ehe zu treten wünschte, fand sich, so erzählt der witzige Lord Aberdeen, bei dem Prediger ein, um sich vorher einmal über die Höhe der Traugebühren zu unterrichten. „Wieviel verlangen Sie für eine Trauung?" fragte er. „Die Antwort können Sie sich selbst geben", antwortete der Pastor, „wenn Sie den Wert Ihrer zukünftigen Frau in Schilling schätzen. Der Betrag Ihrer Schätzung entspricht genau meiner Forderung." Nach dieser Auskunft griff der Schotte seufzend in die Tasche und zog einen Schilling heraus. Dann holte er seine Braut herein, die auf der Straße gewartet hatte. Der Pastor betrachtete einen Augenblick die zukünftige, die ein Ausbund der Häßlichkeit war. Dann zog er seinerseits ein Sixpence-Stück aus der Tasche und überreichte es dem Schotten mit den Worten: „Lieber Freund, Sie haben sich bei Ihrer Schätzung zu Ihren Ungunsten geirrt. Ich gebe Ihnen deshalb die Hälfte Ihres Geldes zurück, da meine Schätzung weit unter Ihrer Taxe bleibt."

Staubbehandlung der Lungentuberkulose.

In Laienkreisen besteht allgemein die Meinung, daß der Staub unter allen Umständen ein gefährlicher Feind der Lunge und ganz besonders der tuberkulös erkrankten Lunge sei. Bis zu einem gewissen Grade trifft diese Auffassung auch sicherlich zu. Jeder scharfe Staub — z. B. Stein-, Metall-, Holzstaub — ist für die Lunge ein Schädling und kann Wegbereiter der Tuberkulose sein. Aber wir wissen aus der Erfahrung, daß dem unscharfen Staub — dem Kalk, der Kohle, der Kieselsäure — nicht die gleichen nachteiligen Eigenschaften, ja daß diesen Staubarten sogar der Lunge günstige Faktoren anhaften. Man hat bei Arbeitern, die mit Kalk oder Kohle zu arbeiten haben, den Eindruck gewonnen, daß gerade unter ihnen die Lungentuberkulose verhältnismäßig selten ist, bzw. die tuberkulöse Erkrankung unter dem Einfluß der Staubablagerung in der Lunge allmählich ausheilen. Unter Verwertung dieser Gedankengänge hat ein Rostocker Arzt ein sogenanntes „Lungenpulver" herstellen lassen; es enthält Kalk, Kieselsäure, Kohle, Eisenoxyd und Tonerde und wird mittels „Trockeninhalation" derart eingeatmet, daß nur der allerfeinste, kaum sichtbare Staub in die reinen Luftwege eindringen kann. Schädliche Wirkungen sind nicht beobachtet worden, und die erzielten Ergebnisse lassen weitere Versuche mit diesem Mittel als gerechtfertigt erscheinen.

Englischer Humor. (Gespräch unter dem Mistelzweig.) Die beiden jungen Leute trafen sich unter dem Mistelzweig, der, wie man weiß, zur Weihnachtszeit in England eine bedeutsame Rolle spielt und dem Herrn unbeschränkte Kußerlaubnis gewährt. „Wissen Sie auch", erklärte das junge Mädchen mit schamhaftem Erröten ihrem Kavalier, der sich soeben einen Kuß geholt hatte, „daß Sie der erste Mann sind, der mich küßt?" — „Gnädiges Fräulein, dann müssen Sie ausgezeichnete schriftlichen Unterricht im Küssen erhalten haben; denn Sie beherrschen dieses Fach geradezu meisterhaft."

Die Säuglingssterblichkeit ist im vorigen Jahre weiter zurückgegangen und weist eine erhebliche Abnahme gegenüber der Vorkriegszeit auf. In Preußen hat sich von 1913 bis 1925 der Durchschnitt von 14 Prozent auf 9,7 Prozent der Lebendgeborenen vermindert. Am relativ ungünstigsten steht Oberschlesien, am günstigsten Hessen-Nassau.

Aspirin hält Blumen frisch. Die schwedischen Apotheker behaupten seit einiger Zeit, daß im Lande ein fürchterlicher Mißbrauch von Aspirin herrsche. In den letzten Jahren sei der Verbrauch an diesem Stimulans unerhört gestiegen. Man fürchtete sogar schon, daß manche Menschen das Aspirin als Rauschgift verwenden. Nun haben aber die Behörden eine Untersuchung angestellt, die diese Befürchtung als grundlos erwiesen hat. Man kam dabei zu einem überraschenden Ergebnis: Die Blumenhändler sind es, die Aspirin in großen Mengen anwenden. Sie sind darauf gekommen, daß es das beste Mittel ist, um Schnittblumen möglichst lange frisch zu erhalten. Selbst eine schon welkende Blume wird wieder ganz frisch, wenn man Aspirin ins Wasser tut.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260126-11/fragment/page=0008